

Antifaz

Antifaschistische Zeitung

HOYERSWERDA

ROSTOCK



HEFT 37

SEPT / OKT

7. JAHRGANG

DM 2,50

In diesem Heft:

Einleitung	S. 3
Der Pogrom in Rostock	S. 4
Augenzeugenbericht aus Rostock	S. 7
Interview mit türkischem Asylbewerber	S. 9
Roma in der türkischen und kurdischen Gesellschaft	S.16
Bleiberecht für alle Roma	S.17
Kurdische Stadt unter Feuer - Bericht aus Sirnak	S.18
Debatte: Interview mit "Madonna"	S.21
Debatte: "Gute Hoffnung" - Nein, danke!	S.27
Impressum	S.28
Jüdin und Frau in der türkischen Gesellschaft	S.32
Europaweiter Sternmarsch für gleiche Rechte	S.35

Verkaufsstellen:

Dortmund
 - Geschichtswerkstatt
 - Atom-Stop-Büro
 - Checoolala
 - Cafe Samowar
 - Taranta Babu Buchladen
 - Litfaß-Buchladen
 - Erpel

Herne
 - Sonne
 - Kornmühle
 - Informationszentrum 3. Welt

Recklinghausen
 - Attatroll-Buchladen
 - Sonnenblume-Naturkostladen
 - Drübelken
 - Grünes Büro

Bochum
 - "Notstand" im Uni-Antiquariat

ANZEIGE

Straßencafé



Tel. 0231/104916 Sa.-Fr. 10-22 Uhr Neuer Graben 101 (Kreuzviertel) 4800 Dortmund 1

Münster

- Frauenstr. 24

Marl
 - Bücherladen

Herten
 - Büchereule

Duisburg
 - Buchhandlung "Weltbühne"

Marburg
 - Buchladen "Roter Stern"

WITTEN:
 3. Welt- und Buch-
 laden

EINLEITUNG

Fast sind wir geneigt, das Wort **ROSTOCK** nicht gleich in der ersten Zeile zu erwähnen, aber angesichts der deutschen Realität der erneuten wochenlangen Pogrome, die pünktlich ein Jahr nach **Hoyerswerda** in inzwischen bald hundert deutschen Städten stattfanden und weiter stattfinden, sind wir dazu gezwungen. Doch der Name Rostock besagt nichts mehr, es ist eben nicht mehr "die Ausnahme", schon vor einem Jahr war "Hoyerswerda" überall, wie ebenso "Rostock überall stattfindet".

Also der gleiche Zustand wie vor einem Jahr?

Nicht ganz. Anders als damals, und insofern Ausdruck einer weiteren Rechtsentwicklung, hat sich inzwischen auch die **SPD** auf eine Änderung des Artikel 16 eingelassen: Das Eintreten für grundlegende Menschenrechte wie Asylrecht und Demonstrationsrecht bleibt inzwischen allein der kleinen Zahl von Gruppen und Organisationen vorbehalten, die gesellschaftlich eine **nicht bedeutende** Minderheit darstellen.

Anders als vor einem Jahr wird auch die offene Zusammenarbeit bzw. arbeitsteilige **Zusammenarbeit von herrschender CDU/CSU-Regierung, Polizei, staatlichen Behörden, Neofaschisten und rassistischem Pöbel** gegen die Flüchtlinge vorgeführt.

Der Versuch der Solidarität und Unterstützung wird, wie Karsten Schneider in seinem Leitartikel schreibt, als **gegen den Staat gerichtet** und auf einer Ebene mit den Faschisten agierend diffamiert.

Ein **Augenzeuge aus Kiel** berichtet, wie antidemokratisch die Polizei in Rostock gegen die antifaschistischen DemonstrantInnen vorging.

Man könnte inzwischen fast meinen, daß **deutscher und türkischer Staat** ihre Aktionen gegen den mißliebigen Gegner taktisch abstimmen, wohl nicht zufällig weilten deutsche Geheimdienstler im Juli in Ankara.

So wundert es auch kaum, daß in deutschen Medien über den faschistischen Terror des türkischen Staates gegen das kurdische Volk - wie vor allem in der Stadt **Sirnak** - kaum berichtet wird.

Die AntifaZ berichtet dafür umso ausführlicher über Sirnak.

Sodann gibt es Artikel über den **"Europaweiten Sternmarsch für gleiche Rechte nach Straßburg"**, der maßgeblich von der **DIDF** organisiert wird.

Außerdem 2 Artikel von **Thea A. Struchtmeier**, einmal über "Frausein und Jüdinsein in der türkischen Gesellschaft", zum anderen über **"Roma in der Türkei"**.

Besonders hinweisen möchten wir auch auf die Rubrik **"Debatte"**: Hier gibt es ein Interview mit der Bochumer Beratungsgruppe für Prostituierte **"Madonna"**.

Und hervorheben möchten wir ein Interview mit dem türkischen Asylbewerber **Hasan Yildiz** aus Bochum-Wattenscheid, das wir noch vor Beginn der Pogromwelle durchgeführt haben.

So, das wärs für diese Ausgabe - zum Schluß noch eins: Ihr habt wahrscheinlich schon damit gerechnet, aber machen wirs kurz - da alle Kosten ständig steigen, sind wir gezwungen, den Preis der AntifaZ auf DM 2,50 anzuheben - habt bitte Verständnis, aber es geht nicht anders.

Für heute antifaschistische Grüße an alle Leserinnen und Leser, trotz alledem und jetzt erst recht,

Eure

AntifaZ-Redaktion

DER POGROM IN ROSTOCK UND DAS VERHALTEN DES STAATES (Die "Lösung des Asylproblems")

Was vor einem Jahr die Befürchtung "unverbesserlicher" AntifaschistInnen war, ist jetzt für alle sichtbare Realität: rassistische Pogrome sind wieder (!) deutsche Normalität geworden. Das Rostocker Pogrom ab dem 22. August ist der (vorläufige) Höhepunkt des rassistischen Terrors.

Das Rostocker Pogrom

(kurze Darstellung der Ereignisse; wer sie kennt, kann gleich unten weiterlesen)

Schon seit Monaten bekannt war die unzumutbare Situation der Flüchtlinge in der Zentralen Aufnahmestelle für Asylbewerber (ZAST) in Rostock-Lichtenhagen. Da eine jede Regierung Prioritäten setzen muß, entschloß sich die Landesregierung Mecklenburg-Vorpommerns, nichts für eine menschenwürdige Unterbringung der Asylbewerber, vor allem Sinti und Roma, zu tun.

Die "Zigeuner", so werden sie von Politikern und Medien - in ungebrochener Tradition zum deutschen Faschismus - immer noch genannt, wurden aber in Lichtenhagen nicht nur Opfer deutscher Behördenwillkür, sondern auch noch für ihre miese Lage zur Verantwortung gezogen.

Eine für **Samstag, den 22. August**, angekündigte Kundgebung veranlaßte dann ganze 20 Ordnungshüter, ihrer Berufung nachzugehen. Die über 100 Nazis, die sich eingefunden hatten, konnten also, von "braven" Bürgern lautstark unterstützt, ungehindert Scheiben einschmeißen. Als die Polizei eine Hundertschaft Verstärkung erhielt, sah man sich aber keineswegs genötigt, dem offenen Nazi-Terror entgegenzutreten. Aufgestellte Wasserwerfer wurden nicht eingesetzt. Die Polizei hat gewartet, bis die Nazis um 5 Uhr morgens müde wurden und sich verflüchtigten.

Am **nächsten Tag** wiederholte sich das Schauspiel. Einsatzbereitschaft der Polizei und Bundesgrenzschutz unternahm nichts, um eine Versammlung von Rechtsextremisten und Sympathisanten zu verhindern, wieder wurden keine Wasserwerfer eingesetzt. Gegen Stein- und Brandsatzwürfe wurde nicht vorgegangen.

Eine gewalttreibe, 200köpfige antifaschistische Demonstration wurde dafür mit größerer Aufmerksamkeit bedacht.

Von den 200 AntifaschistInnen wurden 100 festgenommen, wegen Landfriedensbruch! (siehe auch Augenzeugenbericht in dieser Ausgabe)

Die Polizei hat aber nur ganze 50 Faschisten festgenommen. In den Medien, wie auch im Gefängnis, wurden Rassisten und Gegendemonstranten zu "150 Randalierern", die festgenommen worden seien (FAZ v. 25.8.92).

Montag, den 24. August, räumte die Staatsmacht das Feld für 2 Stunden und überließ das am Tag nicht restlos geräumte Haus der ZAST den Nazis und dem rassistischen Pöbel. 150 Vietnamesen und ein Fernseheteam waren noch im Haus.

In der vierten Nacht eskalierte der Pogrom nochmals. 1600 Ordnungshüter standen über 1000 Faschisten gegenüber. Es gab nach offiziellen Angaben 60 Festnahmen und 65 verletzte Polizisten.

Man braucht wohl nicht erst auf die ganz andere Behandlung von linken Demonstrationen hinzuweisen, z.B. beim Weltwirtschaftsgipfel die "bayrische Art", mit lautem Protest umzugehen, um das polizeiliche Verhalten als äußerst zurückhaltend gegenüber den Rassisten, die Ausschreitungen geradezu befördernd, einzuschätzen.

Auf die Idee, daß hier bewußtes Unterlassen von Hilfeleistungen vorlag, kam auch der SPD-Landesvorsitzende des Landes Mecklenburg-Vorpommern. Landesinnenminister Kupfer bestätigte dies, indem er davon redete, die Polizei sei in der Lage gewesen, ihren Auftrag auszuführen (Und hat es nur nicht getan?) (Oder doch? D.S.).

Selbst wenn man nicht unterstellt, die Polizei hätte bewußt die Situation eskalieren lassen, so steht doch fest, daß ganz offensichtlich

ist, kann das nur heißen, der Lynch-Pöbel hat zwar Recht, aber wir leben in der BRD in einer repräsentativen Demokratie, das Volk darf also auch in Sachen "Asylproblem" nicht selbst handeln, sondern soll gefälligst war-

tung" (FAZ). Der rechtsextreme Terror sei gegen den Staat gerichtet gewesen (und nicht etwa gegen die Flüchtlinge), der "gewalttätige Antifaschismus" kämpfe aber ebenso unvermeidlich "Seite an Seite" mit den "Faschisten" gegen den Staat.

Differenzierungen sind da nicht erlaubt. Abgesehen davon, daß die antifaschistische Demonstration am 23. gewaltfrei war und trotzdem zur Hälfte (!) festgenommen wurde, richtet sich linke Kritik gegen die geschilderte offenkundige (zumindest) Gleichgültigkeit der Ordnungshüter. Während der faschistische Terror sich nur gegen die zaghaften Schutzversuche für die Flüchtlinge richtete.

Konsequenz des Handelns der Politiker und des Nichthandelns der Polizei, aber auch der Schwäche der AntifaschistInnen, ist, daß jetzt der rassistische Terror in ganz Deutschland immer schlimmer wird. Wenn Kanzler Kohl verkündet, man müsse die Verbrecher "mit ganzer Härte des Gesetzes zur Rechenschaft ziehen", dann klingt das danach, als sei das in der BRD nicht selbstverständlich, womit er Recht hätte.

(Karsten Schneider)

Jan Werner: „Die Invasion der Armen“, Seite 8-9

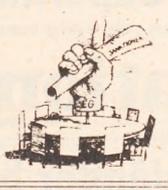
JUNGE FREIHEIT

Nr. 11/91 November 1991 6. Jahrgang M 4084 E DM 80

IM GESPRÄCH Flüchten die Deutschen vor ihrer Geschichte nach Europa?
Das lästige Vaterland

Caro Baskoff
Die Teilung Südafrikas als letzte Möglichkeit

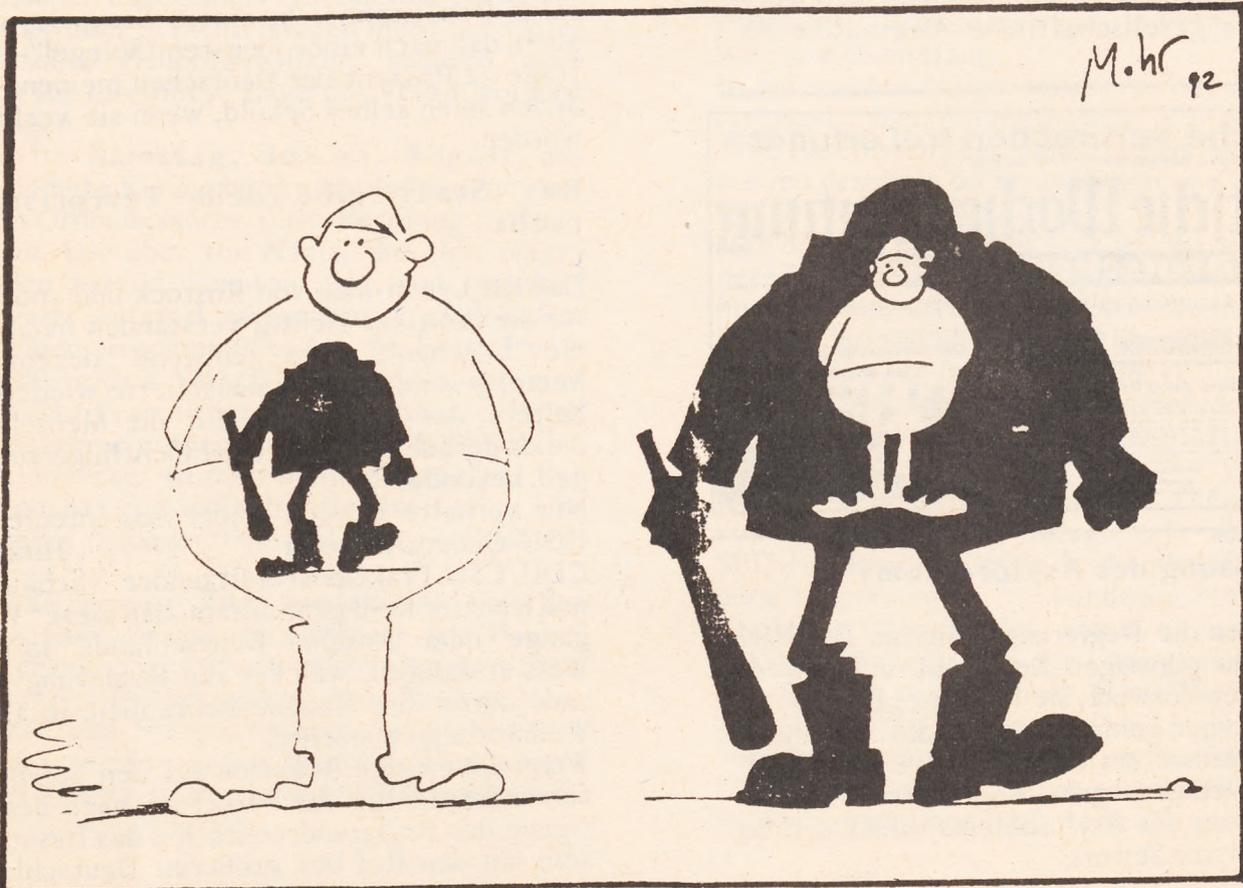
Dank Hoyerswerda können die Linken beruhigt aufatmen:
Endlich gibt es wieder Gute und Böse



ten, bis die Obrigkeit selbst für ein ausländerfreies Lichtenhagen sorgt.

"Antifaschismus ist gegen den Staat gerichtet" (FAZ-Kommentar)

Ebenfalls ins Bild paßt da die Reaktion des Zentralorgans "Frankfurter Allgemeine Zei-



"WIE WIR DAS SONST NUR AUS ERZÄHLUNGEN VON ANDEREN LÄNDERN HER KENNEN..."

Festnahme von AntifaschistInnen in Rostock)

In der Nacht von Sonntag, dem 23. August, auf Montag, den 24. August, unternahmen ca. 150 Antifaschistinnen und Antifaschisten aus Rostock und Umgebung, Berlin, Hamburg und Schleswig-Holstein eine Demonstration im Rostocker Stadtteil Lichtenhagen. In diesem Stadtteil liegt das Flüchtlingsheim, das seit Samstag, dem 22. August, von einem Mob von mehreren hundert militanten Nazis und mehreren tausend rassistischen Anwohnern angegriffen worden war.

Schon am frühen Abend hatten AntifaschistInnen versucht, vor Ort zum Schutz der Flüchtlinge zu intervenieren. Aufgrund der Masse an militanten Faschisten war dies jedoch nicht möglich gewesen. Als wir gegen 24 Uhr vor Ort eintrafen, waren nur noch relativ wenige Menschen und ein großes Polizeiaufgebot anwesend. Wir waren erschrocken und empört über das Ausmaß an Zerstörung und das Bild, das sich uns von dem Flüchtlingsheim bot. Die gesamte Straße war aufgerissen, überall waren Spuren von Molotow-Cocktails und Benzinbomben zu sehen. Die Polizeikräfte, die den ganzen Abend die Angriffe gegen das Flüchtlingsheim nicht aufgehalten hatten, bildeten nun einen starken Ring um das Gebäude. Nach einer kurzen Absprache zogen wir als Demonstration durch die Straßen in der Umgebung des Flüchtlingsheims, um den Anwohnern unsere Empörung über das Geschehen und den Flüchtlingen unsere Solidarität und Verbundenheit auszudrücken. Danach zogen wir direkt zu dem Parkplatz, auf dem sich unsere Autos befanden, um abzufahren.

Mitten in unserem Aufbruch wurde die Straße plötzlich von starken Polizeikräften umstellt. Wie wir später mitbekamen, handelte es sich um Einheiten aus Hamburg, die kurz zuvor mit mehreren Puma-Hubschraubern direkt eingeflogen worden waren. Offensichtlich war es für die Polizei keineswegs unmöglich, ausreichend Kräfte heranzuschaffen. Diese Einheiten, ein Mobiles Einsatzkommando und andere Kräfte, gingen auf uns los, zerrten uns aus den Autos und begannen, diese zu durchsuchen. Dabei gingen sie ziemlich brutal vor. Später begannen sie damit, uns alle an einen Punkt auf der Hauptstraße zu transportieren.

Wir verhielten uns dabei äußerst passiv, da wir glaubten, bei der ganzen Aktion könne es sich wohl nur um ein Versehen handeln oder die Polizei wolle nur verhindern, daß wir noch auf herumstreunende Nazis treffen. Immer-

hin hatte die Absprache mit den Polizeikräften vor Ort relativ gut geklappt. Wir mußten allerdings schnell feststellen, daß die Polizisten uns gezielt schikanierten, obwohl sie wußten, daß wir mit den Ausschreitungen nichts zu tun hatten. Wir bekamen langsam sogar das Gefühl, daß wir gerade deshalb so behandelt wurden, weil wir versucht hatten, irgendwie die Flüchtlinge zu schützen.

Der Abtransport zu dem Sammelpunkt erfolgte jeweils von zwei Beamten, die uns einzeln in den Polizeigriff nahmen. Dabei wurden immer wieder einzelne in den Dreck geworfen und ihnen die Arme extrem verdreht. Es ging hierbei wohl darum, uns von Anfang an einzuschüchtern und zu demütigen. So erfolgten diese Behandlungen auch gegenüber Frauen und jüngeren Personen. Danach mußten wir uns bäuchlings in den Dreck legen. So mußten wir, auf dem Bauch mit den Händen auf dem Rücken, längere Zeit liegen. Dann wurden wir durchsucht. Uns wurden die Hände mit Plastikhandschellen ziemlich schmerzhaft auf den Rücken gefesselt, und wir mußten uns hinsetzen.

Danach wurden wir in Gruppen von vielleicht 30 Personen in Militärlastern (ehemaligen DDR-Ifas) in eine Polizeistation in Rostock transportiert. Das Ganze erinnerte an einen Viehtransport. Wir wurden auf dem Boden der Ladefläche zusammengepfercht, während die Rostocker Polizisten auf den Sitzbänken Platz nahmen. Insgesamt wurden auf diese Art und Weise ungefähr 60 Antifaschistinnen und Antifaschisten festgenommen.

In der Polizeistation wurden wir in zwei Ecken des Innenhofes zusammengedrängt. Einige von uns wurden in eine Sporthalle gebracht, in der sich schon ca. 40 Faschisten befanden. Noch hatten die Hamburger Polizisten das Sagen. Es wurde offenbar handelte es sich dabei um eine Generalprobe für künftige Angelegenheiten - eine förmliche Übergabe der Gefangenen an die Rostocker Polizei vorgenommen. Trotzdem führten sich die

Hamburger in ihrer Arroganz als die eigentlichen Chefs auf. Immer wieder fielen ihnen irgendwelche Schikanen gegen uns ein.

Wir waren ca. um 1 Uhr nachts von der Polizei umstellt worden. Um vier Uhr waren wir in der Polizeistation angekommen. Uns war weder der Grund für unsere Festnahme angegeben worden, noch waren unsere Personalien festgestellt worden. Weiter wurde uns nicht erlaubt, einen Anwalt oder sonst jemanden anzurufen. Unter uns befanden sich auch Minderjährige und zumindest ein Jugendlicher unter 16 Jahren. Auch diese durften nicht bei ihren Eltern melden. Mehreren bei der Festnahme schwer mißhandelten Personen wurde die medizinische Versorgung verweigert. So mußten wir weiter in der Kälte stehen, während Polizisten mit Hunden um uns herum patrouillierten.

Erst gegen Mittag, etwa 12 Stunden nach der Festnahme und nach 8 Stunden Aufenthalt in der Polizeistation, konnten wir erreichen, daß uns allen die Handschellen abgenommen wurden, wir endlich telefonieren konnten und etwas zu essen und zu trinken bekamen: eine Bockwurst, ein Brötchen und eine Dose Sprite für jede(n). Allerdings stellten sich später heraus, daß unsere Anrufe nicht viel erreichten. Anwälte aus Rostock, Hamburg, Berlin und Kiel versuchten vergeblich, zu den Verantwortlichen durchzukommen, um sich für uns einzusetzen und etwas über unsere Behandlung und die Vorwürfe gegen uns zu erfahren. Sie wurden stundenlang auf tote Leitungen gelegt, kamen einfach nicht durch.



Zwischen 13 und 14 Uhr wurde uns dann zunächst mitgeteilt, der Grund für unsere Verhaftung sei die Anweisung der Polizeiführung. Später erfuhren wir, daß uns allen Landfriedensbruch vorgeworfen wird - eine lächerliche Verdrehung der Tatsachen. Ein Haftrichter und drei Staatsanwältinnen und Staatsanwälte wurden angefahren, und es wurde mit "Verhören" und der Personalienfeststellung begonnen. Allerdings wollten die

Kriminalbeamten eigentlich nichts von uns wissen. Sie wußten auch überhaupt nichts über die Umstände unserer Festnahme. Die Hamburger Einheiten hatten ihnen anscheinend nichts mitgeteilt.

Inzwischen hatten wir über eine Mauer hinweg Kontakt zu UnterstützerInnen von draußen aufgenommen.

Wie wir das sonst nur aus Erzählungen aus anderen Ländern her kennen, versorgten sie uns endlich mit Lebensmitteln und Getränken. Schließlich begann um ca. 16 Uhr unsere Entlassung. Wir wehrten uns noch erfolgreich gegen den Versuch, uns alle einer kompletten erkennungsdienstlichen Behandlung mit Portrait-Aufnahmen und Fingerabdrücken zu unterziehen. Allerdings wurde von jeder und jedem von uns mit einer Sofortbildkamera eine Aufnahme gemacht.

Gegen 18.30 Uhr waren wir dann schließlich alle draußen.

Wir protestieren gegen die Art und Weise unserer Behandlung! Uns ist klar, daß ein Zusammenhang besteht zwischen dem fast schon kollaborierenden Vorgehen der Polizei gegenüber dem lynchbereiten Mob und den gezielten Attacken gegen uns. Noch in der Nacht nach unserer Entlassung zog die Polizei erneut alle Kräfte vor dem Heim, in dem über hundert Flüchtlinge verblieben waren, ab. Die Neonazis konnten deshalb das Haus in Brand stecken. Daß die im Haus verbliebenen Menschen nicht schwerste Verletzungen erlitten, ist wohl eher ein Zufall.

Schaut nicht weg. Wir müssen uns aktiv gegen solche Vorfälle wehren. Wer heute nicht aktiv wird, macht sich mitschuldig.

**Ein festgenommener Antifaschist aus Kiel
(zuerst abgedruckt in: Tatsachen Nr. 14/1992)**

INTERVIEW MIT DEM TÜRKISCHEN ASYLBEWERBER HASAN YILDIZ

Auf der antifaschistischen Demonstration in Bochum-Wattenscheid, die am 16. Mai 92 gegen den dort geplanten NPD-Landesparteitag stattfand (Berichte in AntifaZ Nr. 36) haben Redakteure unserer Zeitschrift den türkischen Asylbewerber Hasan Yildiz kennengelernt. Bei einem Treffen mit ihm und seiner Familie in einem Wattenscheider Asylanten-Heim haben wir mit Hasan und seiner Frau Güler ein Gespräch geführt, dessen wichtigste Passagen wir hier abdrucken. Wichtigstes Ergebnis dieses Gesprächs war für uns, daß die Notwendigkeit einer stärkeren Zusammenarbeit örtlicher und überörtlicher Flüchtlingsarbeit, die Verbindung von antirassistischer und antifaschistischer Politik auf überörtlicher Ebene, dringlich besteht.

AntifaZ: Hasan, zu Beginn des Gesprächs würden wir gern ein wenig über Dich und Deine Familie schreiben.

Hasan: Ich wurde 1953 in Kahramanmaraş, einem kleinen Dorf in der Provinz Elbistan, geboren. Ich stamme aus einer kurdischen alewitischen Familie. Ich wuchs mit sieben weiteren Kindern in einer Großfamilie auf, wir waren 2 Mädchen und 6 Jungen. Alle meine Verwandten waren oder sind Arbeiter, mein Vater war als Landarbeiter tätig, der auch seine Arbeitskraft verkaufte, an die Agas. Später haben dann die Agas ihren Einfluß in den Dörfern verloren, und viele Landarbeiter gingen in die großen Städte, um Arbeit zu finden.

Ich habe die Volksschule besucht, eine weitere Schulausbildung war aus finanziellen Gründen nicht möglich. Deswegen ging ich sofort als Arbeiter in die Fabrik. Ich hatte von Anfang an gewerkschaftliche Beziehungen, ich wurde in den Gewerkschaften politisiert.

Im Jahre 1976 habe ich meine Frau Güler geheiratet.

Meine erste gewerkschaftliche Arbeit habe ich in Thrakia aufgenommen, in der Textilfabrik des Fabrikanten Narin, der zur Zeit Vorsitzender des Arbeitgeberverbandes in der Türkei ist. In der Stadt Tscherkesköy habe ich versucht, die Arbeiter für die Gewerkschaft zu gewinnen. Der Unternehmer war über meine politische Arbeit beunruhigt. Er versuchte, die Funktionäre unter den Gewerkschaftern herauszufinden und auch mich zu identifizieren. Dies gelang, er fand auch heraus, daß ich für die Gewerkschaft tätig war.

Eines Tages wurde ich zum Unternehmer gerufen, da hat er mir vorgeschlagen, auf Nachtschicht zu gehen, ich könnte da auch mehr Geld verdienen. Ich habe mit den Kollegen der Türk-Is darüber diskutiert, aber damals konnte ich noch nicht erkennen, daß dies eine "gelbe" Gewerkschaft (die völlig mit den Unternehmern zusammenarbeitete) war.

Ich habe dann die Wünsche des Unternehmers abgelehnt, woraufhin ich in der Fabrik noch mehr unter Druck gesetzt worden bin. Einmal war ich sehr krank, habe ein Attest geschickt, was aber nicht akzeptiert wurde, weil meine politische Arbeit den Unternehmer beunruhigte. Ich habe in dieser Fabrik als Schweißer gearbeitet. Damals hatte ich auch immer viele Werkzeuge für meine Arbeit, eines Tages waren einige der Werkzeuge verschwunden, in dem darauf stattfindenden Gespräch drohte mir der Besitzer Harik Narin mit gezückter Pistole, mich zu erschießen. Er sagte, ob meine Gewerkschaftsfreunde mir helfen könnten, sei fraglich.

Als ich dann mit den Gewerkschaftskollegen den Vorfall diskutierte, haben sie mich nicht unterstützt.

Dann wurde mit klar, daß diese Gewerkschaft nicht für die Rechte der Arbeiter eintrat, erst später lernte ich revolutionäre Gewerkschaften kennen, die für die Rechte und Interessen der Arbeiter eintreten.

Ich bin dann von dem Unternehmer entlassen worden.

Ich habe erstmals 1976/77 mit revolutionärem Gedankengut Bekanntschaft ge-

macht, die politische Situation in der Türkei war sehr "heiß", es gab eine große Zahl unterschiedlicher revolutionärer Organisationen.

Unter den Jugendlichen und in der Jugendbewegung waren in den 70er Jahren die Gedanken von Deniz Gezmiz und Ibrahim Kaypakkaya sehr stark vertreten. Ich hatte damals mit diesen Gedanken Kontakt aufgenommen, für mich waren die wichtigsten Ideen die von Ibrahim Kaypakkaya, daher habe ich Interesse gewonnen, seine Theorien kennenzulernen. In dieser Zeit sympathisierte ich mit TKP/ML-Partizan, weil deren politische Arbeit mir am interessantesten erschien. Die Hauptform der Arbeit von TKP/ML ist immer illegal gewesen, legale Arbeit haben wir aber auch in den Volksvereinen geleistet, Seminare durchgeführt, Zeitschriften gelesen, Flugblätter herausgegeben. Mein Hauptarbeitsgebiet war in den legalen Einrichtungen, weil ich noch jung und in meiner politischen Entwicklung noch nicht sehr fortgeschritten war. In dieser Zeit habe ich auch Veranstaltungen organisiert, Flugblätter gedruckt, Plakate geklebt und Demonstrationen vorbereitet und mitgemacht, Ich habe zu meiner Ausbildung die Zeitschrift "Partizan" und ein Buch von Schnurov gelesen, das über die türkische Geschichte und die soziale Revolution in der Türkei berichtet. Dies Buch hat mich tief beeindruckt, denn es analysiert sehr gut die türkische Ge-

schichte.

Auch der Arbeiteraufstand 15/16. Juni 1970 in Istanbul hat uns sehr beeindruckt, wir waren damals sehr jung, aber hatten große Sympathien für die Arbeiter. In den 70er Jahren entstanden auch die revolutionären Gewerkschaften Disk-Is, in denen sich die Arbeiterklasse sehr breit organisierte. Sie erfaßten über 600 000 Arbeiter.

Die Politisierung der Arbeiterklasse war in den 70er Jahren in der Türkei sehr hoch, die Revolutionäre diskutierten auch die Entwicklung in der Sowjetunion und in China, diese Diskussionen waren aber unter den Arbeitern nicht so weit verbreitet, stärker in den kleineren Gruppen und unter den Revolutionären.

Wer in der Türkei eine revolutionäre gewerkschaftliche Arbeit organisiert, ist gefährdet, die Unterdrückung gegenüber diesen Menschen ist sehr stark, sie werden überall gesucht und verfolgt. Trotz dieser Gefährdung haben alle revolutionären Gewerkschafter ihre Arbeit fortgesetzt und tun dies auch heute, mußten allerdings in vielen Fällen das Land verlassen.

Auch ich wurde wegen meiner politischen Arbeit für meine Organisation ständig von den Sicherheitskräften und der politischen Polizei verfolgt. Deswegen mußte ich auch überall untertauchen. Ich habe meine Arbeit fortgesetzt, solange es ging, aber es kam eine Grenze, wo es nicht mehr ging, meine Arbeit fortzusetzen, und des-



Güler und Hasan

halb habe ich meine Heimat verlassen. Im Jahre 1988 habe ich die Türkei verlassen. Wie ich erwähnte, haben die revolutionären Gewerkschafter nie lange Arbeit, wenn es herauskommt, daß sie revolutionäre Gewerkschafter sind, werden sie sofort entlassen. Auch ich habe immer nur kurze Zeit in einer Fabrik gearbeitet und wurde dann wieder entlassen. Ich möchte einige Arbeitsstellen erwähnen, in denen ich gearbeitet habe, z.B. in Sey-deSehir in einer Aluminiumfabrik, in Iskenderun in einer Stahlfabrik, in Kangal (Sivas) in einem Kohlekraftwerk, in Tuncbilec, etc.

AntifaZ: Wir möchten nun auch gern einige Fragen an Güler Yilmaz stellen. Wie hast Du Hasan kennengelernt, wie hast Du die Bedingungen Eures Familienlebens empfunden, die Situation der ständigen Verfolgung. Hast Du ebenfalls politisch gearbeitet?

Güler: Hasan habe ich in Tuncbilec kennengelernt, wo er gearbeitet hat. Ich habe nicht politisch gearbeitet, nicht in aktiver eigener Praxis, habe aber die politische Arbeit meines Mannes unterstützt. Mit dem Geld, das Hasan verdient hat, haben wir unsern Lebensunterhalt finanziert, in knapper Weise. Ich habe im Haus den Haushalt durchgeführt.

AntifaZ: Güler, aus welchen Familienverhältnisse kommst Du, was hat Dein Vater gemacht, was hat Deine Mutter gemacht, wieviel Geschwister hast Du?

Güler: Meine Familie stammt aus Dersim, ihr Name ist Tunceli, meine Familie wurde von Dersim nach Zonguldak verbannt, dort wurde sie jahrelang zwangsweise angesiedelt. Später hat mein Vater in Kütaya eine Arbeitsstelle gefunden, wohin wir dann umgezogen sind. Wir sind sechs Geschwister, vier Frauen und zwei Männer. Mein Vater arbeitete bis zu seiner Pensionierung in Kütaya.

AntifaZ: Wann habt Ihr die Entscheidung zur Flucht getroffen, was war Deine Meinung dazu, was waren Deine Entscheidungsgründe zur Flucht?

Güler: Ich habe mit Hasan darüber gesprochen, dann haben wir gemeinsam beschlossen, ins Ausland zu fliehen.

AntifaZ: Was hast Du gefühlt bei dem Gedanken, aus der Türkei zu fliehen?

Güler: Ich habe gar nichts gefühlt. Ich wollte mit meinen Kindern und Hasan zusammen ins Ausland fliehen. Meine Gedanken waren nur bei meinen Kindern und bei Hasan.

AntifaZ: Wie alt waren die Kinder zum Zeitpunkt der Flucht?

Güler: Yeliz war 11 Jahre alt, Okan war 9 Jahre alt, Sirma war 5 1/2, Bagdat war 2 1/2 Jahre alt. Ali Haydar war noch nicht geboren, er ist in der Schweiz zur Welt gekommen.

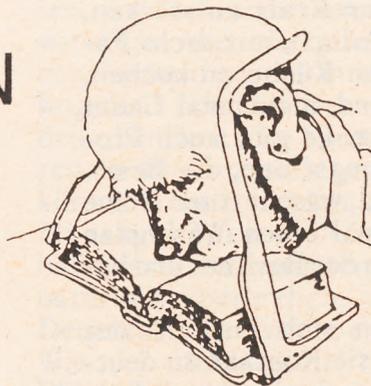
AntifaZ: Wie haben die Kinder auf die bevorstehende Flucht reagiert?

Güler: Yildiz und Okan wollten die Tür-

Anzeige

BUCHLADEN

TARANTA BABU



• LITERATUR AUS ALLER WELT • SOZIALPÄDAGOGIK • SOZIALWISSENSCHAFTEN •
 KOMMUNIKATIONS- UND SPRACHWISSENSCHAFTEN • MEDIEN • PSYCHOLOGIE • ÖKONOMIE •
 POLITIK • GESCHICHTE • FRAUEN • MÜTTER • KINDER • VATER • MÄNNER • GROSSES
 ANGEBOT AN ZEITSCHRIFTEN UND PERIODIKA

Öffnungszeiten: Buchladen 10.00 - 18.30 Sa. 10.00 - 14.00
 Literaturkaffeehaus: 10.00 - 24.00 (Dienstags Ruhetag)
 Dortmund 1, Humboldtstr. 44, Tel: 0231-14 16 89

Wir bestellen jedes lieferbare Buch

kei nicht verlassen, sie gingen damals zur Schule, aber andererseits wollten sie auch ihre Familie nicht verlieren. Die anderen waren noch zu klein, daher waren sie einverstanden mit der Flucht.

AntifaZ: Wie haben die Kinder psychisch die Flucht verkraftet?

Güler: Yildiz und Okan waren traurig,

chen und ihnen Mut gemacht, daß sie durchhalten sollen, daß sie mit den anderen Kindern eine Lösung finden. Okan wurde einmal in der Schule geschlagen, die deutschen Mitschüler haben ihn beschimpft, was sucht Ihr denn hier, Ihr eßt ja kein Schweinefleisch, geht zurück in die Türkei.



Familie Yildiz

wer würde denn nicht traurig sein, der sein Heimatland verläßt und in ein fremdes Land geht.

AntifaZ: Wie hast Du die Ankunft in der Schweiz empfunden?

Güler: Die erste Zeit war für uns alle sehr schön, für mich auch. Später haben wir uns auch daran gewöhnt, in einem fremden Land zu leben.

AntifaZ: Wie waren dann später Eure Erfahrungen in Bochum und speziell in diesem Flüchtlingsheim in Wattenscheid?

Güler: In einem kleinen Raum mit sieben Personen zu leben, ist nicht so einfach, es ist oft nervend, auch für meine Kinder. Ich stelle mir immer vor, daß ich das durchstehen muß, um meine Kraft zu stärken. Es ist auch nicht so einfach, mit sechs Familien in einer kleinen Küche zu kochen, das ist auch oft nervend, manchmal findet man dort keinen Platz. Es gibt auch Probleme mit der Waschmaschine, der Besitzer kommt auch und wäscht hier seine Wäsche, Hasan hat mal einen Waschplan aufgehängt, dann kam der Besitzer und hat ihn zerrissen.

AntifaZ: Wie haben sich Eure Kinder hier eingelebt, haben sie Kontakt zu deutschen Kindern, haben sie in der Schule Freunde gefunden, bekommen sie auch Besuch, oder ist die Situation sehr bedrückend für sie?

Hasan: Die Kinder haben bis jetzt keine guten Beziehungen in der Schule gehabt, es gab auch Probleme, weil sie neu sind, sie wurden auch manchmal von den Mitschülern erniedrigt und beschimpft. Ich habe darüber mit meinen Kindern gespro-

Als wir hierhin kamen, hatten wir große Probleme mit Wohnmöglichkeiten, bis wir hierhin nach Wattenscheid kamen.

AntifaZ: Wie wir wissen, arbeitest Du hier auch mit bei der Antifa Wattenscheid, wie sind Deine Erfahrungen?

Die Kinder arbeiten in der Schule sehr gut, haben auch gute Kontakte zu den Lehrern. Wie Sie wissen, gibt es aber auch fundamentalistische Denkweisen unter türkischen Arbeitern, die ihre Kinder in diese Richtung einbinden wollen, was auch Kontakte zu deren Kindern schwierig macht.

AntifaZ: Hasan, kannst Du kurz die Etappen Eurer Flucht bis heute skizzieren, was waren die wichtigsten Stationen. Und weiter interessiert uns natürlich besonders der augenblickliche Stand Deines Asylverfahrens.

Hasan: In der Schweiz haben wir mit den fortschrittlichen Gruppen und Menschen sehr gute Kontakte gehabt. Die Schweiz zu verlassen, war mit großen Schwierigkeiten verbunden. In dem Dorf, in dem wir lebten, hatten wir sehr gute Beziehungen zur dortigen Bevölkerung, ich hatte auch zu meinen Arbeitskollegen sehr gute Beziehungen. Alle Dorfbewohner haben uns während meines dortigen Asylverfahrens unterstützt, aber es gab Probleme mit unserem Asylverfahren, die schweizerischen Behörden wollten uns wegjagen. Es gab Unterstützung für uns von kirchlichen Stellen, von Lehrern, von fortschrittlichen Menschen.

Im Jahr 1991 mußten wir dann die Schweiz verlassen, im Monat April, seit ungefähr einem Jahr leben wir jetzt in Deutschland.

Hasan: Als ich hierhin kam, versuchte ich, mit den deutschen Kollegen Kontakt zu finden und mit ihnen politische Arbeit durchzuführen. Ich habe von meinen Kollegen in Wattenscheid auch von der "AntifaZ" gehört und zu RedakteurInnen Eurer Zeitschrift Kontakt aufgenommen. Wo man lebt, muß man versuchen politisch zu arbeiten, politische Freunde zu finden, mit ihnen zusammenkämpfen, mit ihnen Träume und Utopien zu verwirklichen versuchen.

AntifaZ: Wir haben mit Frank, dem Rechtsanwalt Hasans gesprochen, um mehr Kenntnis über die juristischen Hintergründe Deines Asylverfahrens zu bekommen. Unser gemeinsamer Freund hat seine Schweigepflicht für uns aufgehoben und uns erzählt, daß du vor ein paar Monaten beim Plakatekleben erwischt worden bist. Was waren die Hintergründe des Plakatierens, wann war das genau, was hat Dir die Stadt Gelsenkirchen dazu geschrieben, wurdest Du bestraft?

Hasan: Wir begingen den 20. Gründungstag unserer Organisation, der TKP/ML, haben eine Veranstaltung in Köln gemacht (siehe auch Berichterstattung in AntifaZ Nr. 36), wir wollten hierzu auch in Gelsenkirchen und Umgebung Flugblätter verteilen und Plakate kleben. Während des Plakatierens wurde ich festgenommen.

AntifaZ: Welche weiteren Organisationen, Gruppen oder Komitees gibt es in Wattenscheid, die sich mit Flüchtlingsarbeit beschäftigen?

Hasan: Seit 1988 arbeitet die Antifa in Wattenscheid, hier gibt es verschiedene Personen, die meisten sind relativ unpolitisch. Ich hatte vorgeschlagen, daß wir auch innerhalb der Antifa etwas mehr politische Diskussionen durchführen, dabei gab es Unstimmigkeiten mit den deutschen Kollegen, einige lehnten die Diskussion sofort ab oder drohten damit, die Antifa sofort zu verlassen, die politischen Diskussionen seien nicht so hilfreich für die Antifa-Arbeit.

AntifaZ: Wie verhältst Du Dich gegenüber der eher unpolitischen Antifa?

Hasan: Ich habe nicht gesagt, daß die Antifa völlig unpolitisch ist, meine Kritik zielt darauf, daß sie ihre Arbeit nicht auf die Basis, auf die große Ebene orientiert, sondern nur in kleinen Gruppen arbeitet.

AntifaZ: Können wir das so zusammenfassen, daß politischer Antifaschismus Deiner Meinung nach eher revolutionärer Antifaschismus ist, und dem gegenübergestellt ist der eher sozialtherapeutische

Antifaschismus, der eher betreuerisch ist, und gegenübergestellt auch der sozusagen regierungsamtlich verordnete "Antifaschismus"?

Hasan: Dem stimme ich durchaus so zu. Noch zu Eurer Frage nach weiteren Gruppen: Neben der Antifa gibt es weitere Gruppen, die in der Flüchtlingsarbeit tätig sind, überhaupt nicht. Es gab zwar eine ganze Reihe von Organisationen, die sich auch in der Asylarbeit betätigen wollten, aber die sind bei "kritischen Stimmen" stehengeblieben, nicht zu einer Praxis gekommen.

AntifaZ: Dann bleibt uns ja eigentlich nur, an die Wattenscheider Organisationen zu appellieren, diese Arbeit zu entwickeln und zu verbreitern.

Hasan: Es gibt in Wattenscheid einige Probleme, die gelöst werden müßten, bevor eine breitere Arbeit entwickelt werden kann. Erstens ist eine systematische Arbeit der Flüchtlinge selber nötig, die aber haben Sprachprobleme, daher gibt es immer Unstimmigkeiten, wenn ein Flüchtling seine Meinung sagt. Wir haben ja große Probleme mit dem Sozialamt, mit der Bevölkerung dort, wo wir wohnen, es gibt für uns keinen einzigen Sprachkurs.

Wir haben mit der Antifa einige nennenswerte Aktionen durchgeführt, wie Sie wissen, gab es Probleme mit den "Glatzköpfen", Angriffe auf Flüchtlingswohnheime, hatten auch in Höntrup Wachen in der Nacht organisiert gegenüber faschistischen Angriffen.

AntifaZ: Neben dieser sicher wichtigen Unterstützung gegenüber faschistischen Angriffen, die auf Leib und Leben abzielen, ist doch aber unserer Meinung nach wichtiger die alltägliche Unterstützung der Flüchtlinge, daß in jeder Stadt Flüchtlingsräte oder ähnliches aufgebaut werden, daß Deutsche Sprachkurse organisieren, mithelfen, sich gegen Behördenwillkür zur Wehr zu setzen, etc.

Hasan: Ich kann Deinen Vorschlag nur halbherzig unterstützen. Das Problem ist natürlich überörtlich, und besonders in Deutschland existiert es in allen Städten. Wie ich festgestellt habe, haben die Flüchtlinge kein großes Interesse an politischer und sozialer Arbeit, weil ihre privaten Probleme sie oft überwältigen. Einen Flüchtlingsrat finde ich sehr gut, wenn in ihm auch Flüchtlinge vertreten sind. Die Flüchtlinge sollen ihre Probleme artikulieren, sich aber auch mit Problemen der gesamten Gesellschaft beschäftigen und in der Gesellschaft Mitbestimmungsrecht haben.

AntifaZ: Es gab in Bochum ja den sogenannten UnterstützerInnen-Rat, der einen Flüchtlingsrat ersetzen soll, in dem z.B. auch VertreterInnen sitzen, die die Flüchtlinge hängen lassen, sich am sogenannten Roma-Reintegrationsprogramm in Skopje beteiligen. Wir wollen und können hier natürlich nicht die Bochumer Situation untersuchen oder kritisieren, sondern höchstens Vorschläge machen, wie wir die Arbeit für sinnvoll halten.

Wir denken allerdings, daß die deutschen fortschrittlichen Menschen erst einmal dazu beitragen müssen, die Situation der Flüchtlinge zu verbessern. Auch zwischen den fortschrittlichen ausländischen und deutschen Organisationen sollte die Zusammenarbeit aufgenommen bzw. verbessert werden, um die praktische Arbeit voranzubringen.

In diesem Zusammenhang wollen wir auch auf einen Vorfall während der Antifa-Demo in Wattenscheid am 16.5. zu sprechen kommen. Von Bochumer AntifaschistInnen wurde Hasan dort kritisiert, er sei stalinistischer Antifaschist. Wie siehst Du denn selber Dein Verhältnis zum Stalinismus?

Hasan: Ich will meine Auffassung hier offen sagen. Ich denke, daß in der antifaschistischen Bewegung alle arbeiten können, die gegen den Faschismus sind, egal ob Christen oder Stalinisten, alle können mitmachen. Jeder Antifaschist kann eine andere Orientierung haben, andere Gedanken haben, und diese können dennoch in einer gemeinsamen antifaschistischen Plattform vertreten sein.



Hasan mit AntifaZ-Redakteurin

AntifaZ: Die Meinung unsere Redaktion ist die gleiche. Klar ist, daß auch sogenannte Stalinisten in der Antifa-Bewegung mitmachen können. Klar ist natürlich auch, daß sich die verschiedenen Positionen in der Bewegung kritisieren können, und zwar allseitig, was aber keinen Ausschluß oder irgendeine Art von Zensur zur Folge haben darf.

Dies Recht auf unterschiedliche Meinungen verteidigen wir ebenso wie das Recht auf gegenseitige Kritik.

Hasan: Ich möchte abschließend auch noch ein paar Worte zu der Demonstration am 16.5. sagen. Unter dem Aufruf, der zu der Demonstration mobilisierte, standen fast fünfzig verschiedene Gruppen. Zu der Demonstration selber kamen dann nur ein paar hundert Leute. Hätte jede Organisation wenigstens ein paar ihrer Mitglieder zur Demonstration geschickt, wäre diese sehr viel breiter und überzeugender geworden. Was wir da organisiert haben, war für mich eher eine Sackgasse. In diesem

Land wird über alles diskutiert, zu allem eine Theorie entwickelt, aber wenn es um Praxis geht, sieht man keine einzige Person.

Starke Probleme gibt es allerdings auch, wie ich erwähnte, unter den Flüchtlingen. Hier in diesem Heim leben etwa hundert Personen, ich habe zu allen persönlich den Aufruf zu der Demonstration gebracht, aber außer meiner Familie kam niemand zur Demo. Wir versuchen in der Antifa, auch etwas für diese Flüchtlinge zu tun, aber solange sie nicht ebenfalls aktiv werden, können wir auch nichts wirklich tun.

AntifaZ: Ähnliche Erfahrungen, wie Du sie schilderst, gibt es in vielen Orten. Dahinter stehen oft auch unterschiedliche politische Auffassungen von Antifa-Arbeit. Deine und auch unsere Vorstellung orientiert mehr auf die Mobilisierung der einfachen Menschen, der Leute auf der Straße und im Stadtteil, die andere Vorstellung orientiert mehr auf sogenannte Prominente, auf Unterschriften von Organisationen, auf Äußerungen bis hin zum Bundespräsidenten, all das zielt natürlich nicht auf wirklich gesellschaftliche Praxis. Derartige "Bündnisse" ergeben nach unseren Erfahrungen überhaupt keinen Sinn, die wirklich aktiven Kräfte sind die, die erkennen, daß es tatsächlich eine faschistische Gefahr gibt und die auch betroffen sind. Die müssen wir in Bündnissen zusammenfassen. Noch ein Wort zu den Flüchtlingen: Hier können wir nicht die gleiche Meßstange der Kritik anlegen.

Viele von ihnen haben ja in diesem Land noch überhaupt keine politische Erfahrung, kennen die politischen Verhältnisse nicht und haben auch oft Angst, aus berechtigten Gründen. Daher können sie auch nicht die Vorreiter sein, wenn es darum geht, die politische Situation zu verändern.

Hasan: Ich kann Dir nicht hundertprozentig zustimmen. Die Flüchtlingsprobleme sind in erster Linie unsere Probleme, ich muß mich mit ihnen beschäftigen und Lösungsmöglichkeiten finden, die Leute, die hier als Flüchtlinge leben, sollen das wissen und auch selber etwas dafür tun. Das Problem ist weltweit, daher ist die internationale Zusammenarbeit wichtig. Eines Tages wird dieses Problem auch weltweit durch die internationale Zusammenarbeit gelöst werden.

AntifaZ: Dem stimmen wir auch zu, wir denken, das kann auch als Schlußwort für dieses Interview gelten. Wir danken im Namen der Redaktion Güler und Hasan Yildiz für dieses Gespräch und versichern Euch unsere Unterstützung im weiteren Kampf um politisches Asyl in Deutschland.

ZUR SITUATION IN DEM WOHNHEIM:

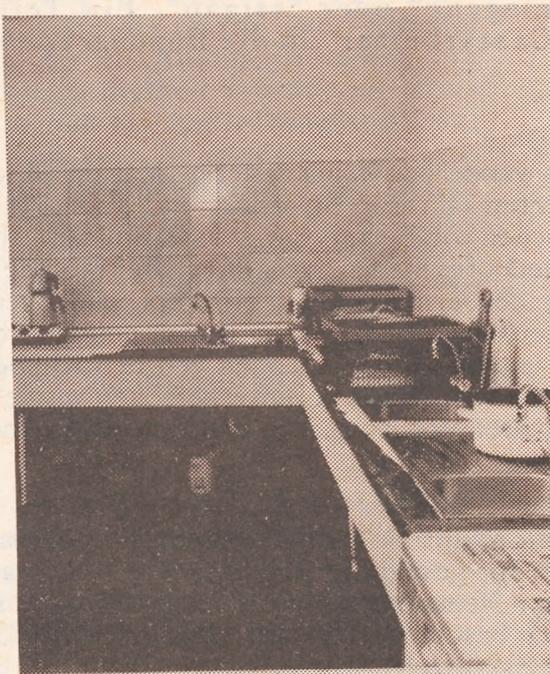
Hasan berichtet einiges über die Situation in dem Flüchtlingsheim auf der Hochstraße 55 in Wattenscheid.

Wie erwähnt, lebt die Familie mit 7 Personen in einem kleinen Raum, ohne Fenster und Frischluftzufuhr. Als Hasans Sohn krank wurde, erhielt er vom Arzt ei-



Die Asylunterkunft in Wattenscheid

ne Bescheinigung, daß das Kind unbedingt in einem größeren Raum mit Frischluftzufuhr untergebracht werden müsse. Mit diesem Bescheid ging er zum Wohnungsamt. Dort sagte ihm die zuständige Frau, sie habe eine größere Wohnung für ihn, in ihrer Tasche, aber leider habe sie die Tasche zu Haus vergessen. Derartig zynische Bemerkungen gehören im Wohnungsamt zum Alltag gegenüber Flüchtlingen.



Die Küche

Die Verhältnisse sind rundum inhuman. Zu wenig sanitäre Anlagen, diese in primitivstem Zustand, zu wenig Waschgelegenheiten, zu wenig Kochgelegenheit, insgesamt zu wenig Raum.

Solche und ähnliche Unterbringung seitens der Kommunen half mit und trug dazu bei, daß die inzwischen verabschiedete Unterbringung von Flüchtlingen in Kasernen und ehemaligen Gefängnissen, die sogenannte Sammelunterbringung von 500 bis tausend Menschen, durchgesetzt wurde.

JURISTISCHER HINTERGRUND: Familie Yildiz hat 1991 in Dortmund einen Asylantrag gestellt. Dieser Asylantrag wurde abgelehnt. Seit einem halben Jahr liegt beim Verwaltungsgericht in Gelsenkirchen die Asylklage der Familie Yildiz vor, bisher gab es darauf noch keine Reaktion. Der Anwalt bemerkte, daß diese Asylklage eine der längsten sei, 27 Seiten lang, die je verfaßt wurde. Sollte ihr nicht stattgegeben werden, droht der Familie Yildiz die Ausweisung aus Deutschland.

ROMA IN DER TÜRKISCHEN UND KURDISCHEN GESELLSCHAFT IN DER TÜRKEI

Über Roma und ihr Leben in der Türkei ist wenig bekannt und außer Strafanzeigen nichts über sie geschrieben worden. Der Name "Rom" oder "Roma" ist in der Türkei völlig unbekannt, obwohl schätzungsweise 500.000 Roma in der Türkei leben. Dort heißen sie entweder "cingene" oder "tsigan". Ein Teil von ihnen kam bspw. als türkische "Gastarbeiter" in die Bundesrepublik.

Ich sah wandernde Roma das erste Mal im Oktober letzten Jahres in Diyarbakir auf ihren Pferdekutschen vorüberfahren, und zwar in der Nähe des Friedhofes Maden, wo am 10. Juli die Beerdigung des ermordeten Politikers und Menschenrechtlers Vedat Aydin brutal angegriffen wurde und die Teilnehmenden von den Klippen auf eben diese Straße heruntergestoßen wurden, auf der drei Monate später friedlich Roma vorbeizogen.

Doch die idyllische Kulisse täuscht. Damals hatte man mir gesagt, im Gegensatz zu den wandernden Nomadenstämmen würden Roma im türkisch besetzten Teil Kurdistans von den Sicherheitskräften nicht verfolgt.

Das freie Herumreisen ist in der Türkei seit nunmehr vier Jahren verboten, wie man mir im Menschenrechtsverein in Diyarbakir mitteilte, und dies Verbot betrifft vor allem die Nomaden in den Hochebenen, die daraufhin ihre Herden verkaufen mußten und ihrer ökonomischen und sozialen Lebensmöglichkeiten beraubt wurden. Vertreter des Menschenrechtsvereins IHD und der HEP sagten weiter, daß sie sehr daran interessiert seien, daß die Nomaden wieder auf die Hochebenen zurückkehren könnten, um ihre Weidewirtschaft und den Handel fortzusetzen.

In Istanbul leben Roma - außer vereinzelt im Stadtteil Tophani - vor allem in dem Stadtteil Sulukule.

Sulukule ist eine Art Vergnügungsvorort, und Roma verdienen sich dort ihren Lebensunterhalt durch Musizieren von folkloristischen Weisen vor den erlebnishungrigen Augen der weitgereisten Touristen oder zahlungskräftiger Einheimischer. Auch vor manch anderen TouristInnenplätzen sieht man Roma durch Musik ihr Geld verdienen. Dabei bedienen Männer die Musikinstrumente, und Frauen tanzen vereinzelt vor der Kundschaft.

Roma soll es in der Türkei seit Bestehen des Osmanischen Reiches geben; der Zuzug wurde in den letzten Monaten aber durch die Flüchtlings-

bewegungen aus Rumänien und Bulgarien verstärkt. Roma wird oft nachgesagt - wie nahezu überall auf der Welt -, sie seien Diebe und klauen auch Kinder. Unter dem Verdacht, Diebstahl begangen zu haben, wurde 1988 Neriman Papis in Istanbul festgenommen. Anschließend wurde die Frau gefoltert, an den Folgen der Folter starb sie. Der damalige Menschenrechtsverein TAYAD (Hilfsverein für Familien der Gefangenen und Verurteilten in der Türkei), der 1991 von der Regierung verboten wurde, veranstaltete aufgrund dieses staatlichen Mordes eine nicht erlaubte Protestdemonstration und machte mit einer öffentlichen Erklärung auf diese Menschenrechtsverletzung aufmerksam.

In Cizre konnte ich im Mai d.J. in Erfahrung bringen, daß dort Anfang des Monats Zelte der Roma zerstört wurden. In einer systematischen Durchsuchungsaktion kontrollierten Sicherheitskräfte die Zelte der aus Urfa kommenden Roma, um wie immer der Vorwand lautete -, nach "Terroristen" zu forschen. Bei dieser Aktion sollen betroffene Roma scherzhaft gefragt haben: "Sucht Ihr Apo?" Daraufhin wurden die Zelte zerstört. Der kurdische Journalist, der mir diese Episode berichtete, erzählte auch, daß das kurdische Volk annimmt, daß Roma Agenten des türkischen Staates seien. Dieser Glaube läge einerseits darin verwurzelt, daß das kurdische Volk aufgrund seiner historischen Verfolgung und Unterdrückung sehr mißtrauisch und verängstigt sei, zum anderen in der Tatsache, daß Roma äußerst verarmt sind und deshalb leichter Erpressungsmöglichkeiten durch Geldzuwendungen vom türkischen Staat erliegen, um Aussagen über Kurdinnen und Kurden zu machen.

Es seien aber vor allem politische und nicht soziale Ängste vor den Roma, so betonte der Journalist, denn aufgrund der Vielfältigkeit in den kurdischen Gebieten könnten KurdInnen, NomadInnen und Roma gut nebeneinander leben.

Thea A. Struchtemeier

BLEIBERECHT FÜR ALLE ROMA - DER KAMPF GEHT WEITER Abschiebeterror in Münster

Schon seit Mitte letzten Jahres kämpfen die in Münster lebenden Roma für ein Bleiberecht. Durch diesen Kampf gelang es immer wieder, einige drohende Abschiebungen hinauszuzögern. Da die Stadt aber Anfang des Jahres einen neuen Kurs einschlug, kam es zu Abschiebungen, die nicht verhindert werden konnten. Anfang April drohte wiederum zwei Familien die Abschiebung. Diesen blieb dann nur noch die Möglichkeit, sich ins Kirchenasyl zu flüchten, das ihnen von der Evangelischen Studentengemeinde (ESG) und der Katholischen Studentengemeinde (KSG) gewährt wurde. Später ergab sich die Möglichkeit auch für eine weitere bedrohte Familie in der Hiltruper Christuskirche. Trotz ergebnisloser Verhandlungen mit der Stadt waren sie im Kirchenasyl doch in relativer Sicherheit - jedenfalls bis Mitte August. Dann, unerwartet, erhielt die Familie, die sich in der ESG aufhielt, von der Stadt die Aufforderung, sich einige Tage später mit Gepäck im Stadthaus einzufinden - für sie sei ein "Flug nach Skopje gebucht".

Begründet wurde diese plötzliche Maßnahme mit einer neuen Stellungnahme des Hohen Flüchtlingskommissars, der erklärt hatte, daß er trotz Spannungen in Makedonien nicht für einen generellen Abschiebestopp plädiere, woraus die Stadt aber eine **Abschiebeverpflichtung** ableitete. Doch die Gemeinde sowie die UnterstützerInnen wiesen auf die immer bedrohlicher werdende Situation in Makedonien sowie auf die besondere Verfolgung der Familie hin. Verhandlungen mit der Stadt brachten keinerlei Ergebnis, zumal sich diese darauf berief, sowieso ständig nach Makedonien abzuschicken. Das Land NRW als nächsthöhere Instanz zog es vor, sich zurückzuhalten, so daß die Stadt etwas später Haftbefehle gegen die Familie ausstellte.

Auch eine neuerliche Empfehlung des Hohen Flüchtlingskommissars, in diesem Fall doch aus humanitären Gründen von einer Abschiebung abzusehen und eine Duldung auszusprechen, fruchtete nicht. Der auf Initiative eines SPD-Ratsmitglieds einberufene Ältestenrat konnte sich auch nicht zu einer Empfehlung an die Verwaltung durchringen. Als letzte Möglichkeit reichten die UnterstützerInnen eine Petition an den Landtag ein in der Hoffnung, daß der Petitionsausschuß darauf mit einer Empfehlung an die Stadt, die Abschiebung bis zu einer Entscheidung auszusetzen, reagieren würde. Diese fiel der Stadt offenbar nicht deutlich genug aus, so daß sie ihr nicht nachkam. Die Stadt Münster hätte aber durchaus noch einen Handlungs-

spielraum gehabt. Rechtlich hätte die Möglichkeit bestanden, den beiden Familien eine Duldung aus humanitären Gründen auszusprechen. Zumindest hätte sie aber, wie andere Städte in NRW, die Abschiebung aufgrund der gespannten Lage in Makedonien aussetzen bzw. die Entscheidung des Petitionsausschusses abwarten können.

Dennoch war es für die Roma und UnterstützerInnen unerwartet, als die Polizei am **Mittwoch, dem 19.8., um 5.45 Uhr die Tür der ESG aufbrach und die Familie gewaltsam mitnahm**. Ebenso entsetzt war die Hiltruper Gemeinde, als die Polizei etwas später die dortige Familie mit denselben üblen Methoden festnahm. Diese wurde noch am selben Tag nach Makedonien abgeschoben.

Die Eltern der Familie in der ESG kamen in Abschiebehaft, wo sie nur eine Stunde pro Monat Besuch haben dürfen; die beiden minderjährigen Kinder sind in einer Jugendschutzstelle untergebracht, wo sie sich aber tagsüber frei bewegen dürfen. Das einzige, was die Stadt Münster im Moment noch davon abhält, auch diese Familie abzuschicken, ist die Schwierigkeit, die fehlenden Pässe aus Belgrad zu erhalten. Bis dahin sollen die Roma nach dem Willen der Stadt in Haft bleiben, gegen die inzwischen von den UnterstützerInnen Beschwerde eingelegt wurde.

Trotzdem kämpfen die Roma und die UnterstützerInnen in Münster weiterhin für ein Bleiberecht dieser und aller anderen Romafamilien.

KURDISCHE STADT UNTER FEUER

"SPEZIALKRIEG" DER TÜRKEI:

Während beispielsweise in Nordrhein-Westfalen der im März 1992 verfügte Abschiebestopp für Menschen kurdischer Nationalität Anfang August heimlich, still und leise außer Kraft gesetzt wurde (er war eh nur "Ländersache" geblieben) und während in verschiedenen Ortschaften der Westtürkei mit offensichtlicher Billigung der Staatsgewalt zu "Entkurdisierungsaktionen" geschritten wurde (z.B. durch Boykott oder Zerstörung kurdischer Geschäfte, bedrohliche Aufmärsche von türkischen Nationalisten vor kurdischen Siedlungen, entsprechend wohlwollende Kommentare in den Medien, Verhängung von Ausgangssperren über kurdische Ortsteile), finden nach wie vor Bombardierungen von Lagern durch die türkische Armee auf irakischem (angeblich unter kurdischer Hoheit stehendem) Boden statt.

Ende August haben türkische "Sicherheits"kräfte erstmals auch iranischen Boden betreten (kurdische Dörfer auf iranischem Territorium waren bereits während des Iran-Irak-Krieges gelegentlich von der türkischen Luftwaffe bombardiert worden).

Die "Krone aufgesetzt" werden kann in jüngster Zeit indes dem Überfall der türkischen Armee auf die 25.000 EinwohnerInnen zählende kurdische Stadt **Sirnak** im sogenannten Ausnahmezustandsgebiet in Türkei-Kurdistan. Dieser Angriff wurde in den türkischen Medien als Verteidigung der Stadt gegen einen Angriff der **PKK** dargestellt, obwohl weit und breit von der PKK nichts zu sehen war und diese auch erklärte, daß sie dort mit Guerillaaktionen nicht tätig geworden sei.

Aber die türkische Berichterstattung ist in diesem Punkt sehr "großzügig", und JournalistInnen, die gesehen haben, was vor sich ging, werden von der Kontraguerrilla häufig auf offener Straße erschossen.

Die Zeitschrift "**Tatsachen**" der **DIDF** (Föderation demokratischer Arbeitervereine aus der Türkei in der BRD e.V.) spricht zutreffend von "Zensur durch Mord". In einer von "**Kurdistan-Solidarität DIDF**" erarbeiteten und (hinsichtlich des Informationsmaterials) von der Redaktion von "Tatsachen" ergänzten Stellungnahme heißt es dazu (vgl. "Tatsachen" 14/1992; Text sprachlich von mir geringfügig überarbeitet):

Erstmals seit der Wiederaufnahme der Waffenlieferungen des deutschen Staates an die Türkei hatte wieder ein Geschehnis vom "Spezialkrieg" der türkischen Armee gegen das kurdische Volk in Deutschland Nachrichtswert:

Bombardierung und Beschuß der kurdischen Stadt Sirnak am 20./21. August:

Sirnak liegt zwei Tage lang wieder mal unter Dauerbeschuß. Ganze Stadtteile brennen. Gelöscht werden darf nicht. Armee und Polizei verbieten es. So wurden Löschfahrzeuge, die aus benachbarten Ortschaften nach Cizre gerufen worden waren, an der Weiterfahrt nach Sirnak gehindert und zurückgewiesen.

Die Stadt bietet das Bild eines Kriegsschauplatzes: zerbombte Häuser, ausgebrannte Gebäude, Einschußlöcher in den Wänden von einigen wenigen Gebäuden, die den Dauerbeschuß überstanden haben.

Es wurde totale Ausgangssperre verhängt, die mehrere Tage lang andauerte. Es fehlen Lebensmittel.

Strom- und Wasserversorgung und Telefonnetz waren über mehrere Tage unterbrochen. Die Stadt ist von über 107.000 Soldaten belagert (offizielle Angaben). Auf den Zufahrtsstraßen nach Sirnak wurden Kontrollpunkte errichtet, die zu passieren unmöglich ist.

Zwei Drittel der Wohnungen werden systematisch durchsucht, Hunderte von Menschen auf offenen Lastkraftwagen, die Hände auf den Rücken gefesselt, wegtransportiert.

Das Straßenbild gleicht einer Schutthalde. Hunderte von Autos wurden zerstört und ineinandergeschoben. Überall liegen Scherben von zerbrochenen Haus- und Autofenstern sowie Geschobhülsen herum. Ebenso Tierkadaver.

Vor dem Krankenhaus standen die Frauen Schlange, um zu ihren Angehörigen vorgelassen zu werden, die entweder verletzt oder tot sind. Nach letzten Berichten aus Kurdistan,

die DIDF erreichten (Stand vom 26.8.92), verließen die BewohnerInnen zu Zehntausenden fluchtartig die Stadt. Diejenigen, die sich noch nicht entschlossen hatten, die Stadt zu verlassen, verbrachten die Nacht nicht in ihren Häusern, sondern in den Bergen. Auch **Uludere** und **Idil** wurden unter Beschuß genommen. In diesen Städten plünderten Angehörige der Sicherheitskräfte die Geschäfte. Die türkische Armee schickte neue Truppen zur Verstärkung nach Kurdistan.

In den türkischen Medien hieß es offiziell, 8 Menschen seien zu Tode gekommen. Verantwortliche vor Ort erklärten, es handle sich um einen Polizisten, drei Soldaten und vier Kinder. Es habe 17 Verletzte gegeben.

Die kurdische Bevölkerung hat es mal wieder anders erfahren: Die Zahl der Toten wird auf mehrere hundert beziffert.

Der türkische Staat gibt vor, die Stadt gegen einen Terrorangriff der PKK verteidigt zu haben. Am ersten Tag ist von 1000 PKK-"Terroristen" die Rede, tags darauf wird die Zahl auf 300 gesenkt. Der kurdische Sender auf irakisch-kurdischem Boden erklärt dagegen, in der Stadt hätten 80 kurdische Freiheitskämpfer den türkischen "Sicherheitskräften" Widerstand entgegengesetzt. In die Hände gefallen ist diesen keiner,

weder tot noch lebendig. Schon das zeigt, wer hier mal wieder Terror übt. Die Bevölkerung steht in großer Mehrheit hinter dem Freiheitskampf. Neun Zehntel der Menschen in der seit Jahren errichteten "Ausnahmezustandsregion" haben bereits Mißhandlung und Folter hinter sich und/oder saßen bereits in Haft. Kleinste Anlässe liefern dem Militär Vorwände für Massaker an der Bevölkerung und für Zerstörung ihres Lebensraums. In vielen Ortschaften sind fast alle Erwachsenen verschleppt oder umgebracht worden, die Kinder sich größtenteils selbst überlassen. Systematische Unterversorgung, Hunger und Krankheiten tun ein übriges. Das ist seit Jahren so, nur das Ausmaß von Tod und Zerstörung ist immer größer geworden. Das nährt den Haß des davon betroffenen Volkes auf den türkischen Staat. Offiziell ist von Anerkennung der "kurdischen Realität" die Rede; die Praxis dagegen läuft auf Vernichtung des kurdischen Volkes hinaus. Und das offenbar gewollt.

Aber anders als beim Krieg im ehemaligen Jugoslawien bleibt Entrüstung in den deutschen Medien praktisch aus. Wen wundert das? Was der türkische Staat gegen das kurdische Volk unternimmt, findet ja die Billigung sowohl der Großmacht USA als auch der



Solidaritätsdemonstration mit dem kurdischen Befreiungskampf in Adana

Großmacht Deutschland. Heuchlerisch wird ein Selbstbestimmungsrecht der Slowenen, Kroaten und mittlerweile auch der islamischen Bosniaken verteidigt, zugleich stellen sich immer noch anerkannte "Experten" auf den Standpunkt, ein kurdisches Volk gebe es gar nicht.

Ausschlaggebend bei alledem ist nur eins: das Herrschaftsinteresse der Großmächte. Und Krieg ist wieder "normal", wie zur Zeit des klassischen Imperialismus vor dem Ersten Weltkrieg.

Erinnern wir uns: Als anlässlich des kurdischen Neujahrsfestes am 21. März (Newroz) die türkischen Spezialeinheiten, nicht zuletzt durch die deutsche GSG 9 gut darauf trainiert, mit aus Deutschland gelieferten Waffen in mehreren kurdischen Städten ein Blutbad anrichteten und offenbar nicht unter Kontrolle gebrachte Nachrichten die deutsche Öffentlichkeit aufschreckten, gab sich die Regierung Kohl entrüstet und stellte demonstrativ die Waffenlieferungen ein. Dem Publikum wurde ein Theaterdonner gegenseitiger Beschimpfungen vorgeführt. Unter an-

derem hieß es, die Rolle der Türkei als Eckpfeiler der NATO zur Verteidigung Westeuropas sei ausgespielt. Ein deutscher Minister durfte den Hut nehmen. Die türkische Regierung redete (völlig zutreffend) von deutschem Imperialismus. Um eben diesen buhlte sie. Nicht einmal drei Monate danach wurde die Belieferung der Türkei mit Waffen wieder aufgenommen. Offenbar ist die heutige Rolle des türkischen Staates dem erstarkten deutschen Imperialismus mindestens ebenso wichtig: nämlich der Anspruch, für den "Schutz der Menschenrechte" von der Adria bis nach Hsinkingang zuständig zu sein, den der türkische Ministerpräsident Demirel auf seiner Reise durch die turksprachigen Republiken der ehemaligen Sowjetunion wiederholt unter großem Beifall erhoben hat. Während im Osten der Türkei das auf sein Selbstbestimmungsrecht pochende kurdische Volk "mit Feuer und Schwert" heimgesucht wird, wird in der Westtürkei die Bevölkerung zur Solidarität mit dem bosnischen Volk aufgerufen, dem Gleiches von serbischer Seite widerfährt.

Der SOZ (17/92) entnehme ich, daß bei dem Überfall der türkischen "Sicherheitskräfte" auf Sirnak mal wieder deutsche Panzer (vom Typ BTC 60) im Einsatz waren und daß Angehörige der Özel Tim (=Spezialeinheiten) auf stehengebliebene Hauswände schrieben: "Sirnak wird zum Grab der Kurden werden!" Wird da der kriminelle Charakter der Waffenlieferungen seitens des deutschen Staates an die Türkei nicht einmal mehr deutlich?

Klaus Dillmann

ANZEIGE



Ché Coolala

Ché Coolala

LIVE-MUSIK-PROGRAMM-KNEIPE • RESTAURANT • DISCO • BIERGARTEN

ab 20.00 Uhr geöffnet

Heyden-Rynsch-Straße 2 • 4600 Dortmund 1
Tel.: 02 31 / 17 81 45 • Fax: 02 31 / 17 83 47

ANZEIGE

CILA
CAFÉ IM LANGEN AUGUST



Mo-Fr 10-22 Uhr
So 10-19 Uhr

Braunschweiger Str. 22 / Nordmarkt
46 Dortmund 1 • Telefon 83 01 47

DEBATTE

INTERVIEW MIT MADONNA

In den Ferien hatten RedakteurInnen der AntifaZ Gelegenheit zu einem Interview mit Madonna - nein, natürlich nicht mit der umschwärmten US-Sängerin und -schauspielerin, sondern mit der Bochumer Prostituiertenberatungsgruppe gleichen Namens. Wir sprachen mit Maya, einer der Mitarbeiterinnen von Madonna.

AntifaZ: Wer oder was ist Madonna?

Maya: Madonna ist eine Initiative von Frauen, die angeschafft haben, noch anschaffen, oder überhaupt nichts oder noch nichts mit Prostitution zu tun haben. Die haben sich zusammengeschlossen, haben einen Verein gegründet, in dieser Woche haben wir unser einjähriges Vereinsjubiläum, Ihr macht also sozusagen das Jubiläumsinterview, haben also diesen Verein gegründet mit der Maßgabe, gesellschaftliche Prozesse in Gang zu setzen zum Thema Prostitution und allem, was dazugehört, und diese Beratungsstelle einzurichten mit dem Ziel, einerseits die gesellschaftliche und rechtliche Anerkennung von Prostitution als Beruf durchzusetzen, um andererseits Schutz zu organisieren gegen Diskriminierung.

Soweit erstmal, reicht Euch wahrscheinlich nicht, jetzt wollt Ihr sicher wissen, warum wir "Madonna" heißen, oder?

AntifaZ: Ja, zum Beispiel...ich geb zu, daß ich den Namen anfangs ein paarmal verwechselt habe, mit Domina...

Maya: Ja, genau, sowas haben wir uns ja gewünscht, daß die Leute mit dem Namen etwas spielen, also, wenn Du an Domina denkst, wirst Du wissen, warum...

Also, es hat natürlich überhaupt nichts mit Madonna, der Sängerin zu tun, sondern es hat was mit dem herrschenden Frauenbild zu tun, was ja in den Köpfen von Männern existiert, auf der einen Seite die Heilige, auf der andern die Hure, zu Hause tagsüber das Hausmütterchen und nachts der Vamp. Tagsüber behütet sie die Kinder und bügelt die Oberhemden, und nachts soll sie dann wahnsinnig raffiniert sein und mit der Peitsche knallen oder sonst welche verrückten Verrenkungen machen. Also auf der einen Seite dieses Madonnenhafte, auf der anderen Seite diese Madonna als Sexbombe, das hatten wir bei der Namensgebung im Kopf, auch dieses madonna, meine Frau.

AntifaZ: Ihr wollt also mit diesem Namen in der Öffentlichkeit auch polarisieren, hier, auf der einen Seite die Hausfrauen, und auf der anderen Seite die Prostituierten?

Maya: Nein, eher das Gegenteil, wir wollen eher klarmachen, Prostituierte kann jede sein, und es gibt entgegen den kriminalistischen Studien aus den 20er Jahren keineswegs die geborene Dirne, wir werden, wenn man so will, alle als Dirne geboren.

AntifaZ: Auf Eurem Logo sind auch noch Paragrafenzeichen abgebildet, haben die auch eine Bedeutung?

Maya: Ja, die sollen ausdrücken, wir kämpfen um unsere eigenen Rechte, denn außer uns tut es ja niemand...

AntifaZ: Also nicht nur im Sinne von allgemeiner Gleichberechtigung, sondern der Staat soll auch konkret Rechte für Prostituierte konstituieren?

Maya: Also, von Gleichberechtigung kann man ja nun wohl überhaupt nicht reden, es sei denn, man ist wahnsinnig phantasiebegabt, also kurz: Prostituierte haben überhaupt keine Rechte, das muß man einfach mal so hinnehmen, überhaupt gar keine, alles das, was Du Dir darunter vorstellst, Krankenversicherung, etc., haben wir nicht, dafür haben wir aber ganz viele Pflichten. Mit unserm Emblem wollen wir deutlich machen, daß wir in Zukunft jetzt die harte Linie fahren: keine Pflichten ohne Rechte.

AntifaZ: Kommen wir wieder konkreter auf den Verein "Madonna" zu sprechen, wie sieht Eure Arbeit aus, bekommt Ihr Unterstützung, wir hörten von einer finanziellen Unterstützung durch die Stadt Bochum, wie sieht es damit aus?

Maya: Die hier im Büro arbeitenden Frauen arbeiten alle ehrenamtlich, aber durchaus in einem den Rahmen des Ehrenamtlichen weit sprengenden Maße, zur Zeit wissen wir nicht, wie es weitergeht und ob wir weiterhin diese Beratungsstelle unterhalten können, die Miete für die Räume beträgt 1000,- DM, und damit haben wir noch nichts getan, nicht telefoniert, keinen Brief verschickt, das kostet viel Geld...

AntifaZ: Und ist das Beratungsbedürfnis hoch?

Maya: Ja, es kommen eine Menge Leute, vor allem eine Menge Frauen, in erster Linie anschaffende Frauen...

AntifaZ: ...und was sind die Probleme, über die mit Euch gesprochen wird?

Maya: Leute, die haben ganz viele unterschiedliche Probleme, aber jetzt erzähl ich erst mal was zur Finanzsituation. Also, wir haben letztes Jahr 10.000 DM von der Stadt Bochum bekommen, für 1991, haben die bis zum 31.3.1992 ausgegeben, ordentlich abgerechnet, wie der Kämmerer das fordert, mit einem kleinen Aufsatz, der beginnt mit "Als ich mein Geld bekam" und hört auf mit "Als ich dann kein Geld mehr hatte", das war aber dann auch das Ende

DEBATTE

Stück trockenes Brot, ich denk nicht dran! Jeder normale Mensch würde sagen, 6 Mille im Monat plus Sozialleistungen plus Dienstfahrzeug, und dann können wir mal sehen, ob wir zusammenkommen können, und ich soll hier umsonst arbeiten, also der Zug ist so was von abgefahren.

AntifaZ: Ich glaube, das war wohl ein kleines Mißverständnis, ich meine nicht die Frauen, die hier in der Beratungsstelle arbeiten, sondern diejenigen, die hier im sogenannten Sperrbezirk ihre Arbeit machen und auch nicht schlecht dabei verdienen, nehm ich an...

Maya: Da haben wirs schon wieder, fünf Klischees in einem Satz. Erst mal arbeiten die nicht im Sperrbezirk, sondern in der sogenannten Toleranzzone, im Sperrbezirk ist das Arbeiten nämlich verboten, damit fängt es an, und wenn die so gut verdienen, dann hätten die alle nen Rolls Royce, die verdienen nämlich in Wirklichkeit schlecht, Organisationskosten in der Prostitution sind hoch, ein Zimmer kostet hier ungefähr 220,- DM pro Tag, damit Du überhaupt arbeiten kannst, rechne also allein dafür 6600,- im Monat, dann hast Du noch nicht gewohnt, Du brauchst ja auch ne Wohnung, hast Du noch nicht geduscht, hast noch keine warme Wolldecke üben Popo gezogen, da hast Du erstmal lediglich 8 Stunden son Zimmerchen und son Bettchen, wo Du dann Deine Geschäfte verrichten kannst.

Wer daran verdient, das sind aufgrund der miserablen gesetzlichen Situation die Organisatoren von Prostitution....

AntifaZ: ... die Hausbesitzer zum Beispiel....

Maya: ...ja, zum Beispiel, rechne aus, 6600 DM allein für ein Zimmer und für eine Schicht, und son Zimmer hat ja zwei oder drei Schichten pro Tag, und son Haus hat ja auch nicht ein Zimmer, sondern mehr, und ein Jahr auch nicht einen Monat, sondern zwölf, dann kannst Du Dir ausrechnen, was die verdienen.

AntifaZ: Ich weiß nun aus meiner Arbeit in der Frauenbewegung, auch aus meiner eigenen Arbeit, daß wir finanziell auch reinbuttern, weil das unser Ding ist, weil wir wissen, dafür treten wir öffentlich ein, stellen uns auf den Markt, ...

Maya: Aber Du bist nicht diskriminiert, nicht stigmatisiert. Du kannst es Dir erlauben, auf die Straße zu gehen und zu sagen: Guckt her, Leute, ich bin ne Frau, und Frauen werden in dieser Gesellschaft ziemlich schlecht behandelt, und jetzt sag ich Euch das mal. Ne Frau, die anschaffen geht, hat das Problem, daß sie anschaffen geht und deswegen total schlecht behandelt wird. Die kann es sich nicht erlauben, sich auf den Marktplatz hinzustellen, weil da ja möglicherweise Kinder sind, die gehn in die Schule, und danach ist mit den Kindern in der Schule Feierabend, weil die hat ja auch Nachbarn, und danach ist mit Grillparty üben Gartenzaun

Feierabend, die hat ja auch Verwandte, und danach ist mit verwandtschaftliche Beziehungen Feierabend, ...

AntifaZ: Ich denke, eine Frau mit Bewußtsein, die hier politisch aktiv ist, ist auch stigmatisiert, wir haben Aktionen gemacht, mit unserer Gruppe, und ich kenn den Druck, wir haben Aktionen gemacht gegen Gewalt gegen Frauen, wir haben auch Männer, die Frauen vergewalligt haben, rausgeholt und denen eins drüber gegeben, ich habe Prozesse am Hals, ...

Maya: ...das ist ja auch was anderes, es geht mir weniger um die politisch aktiven Frauen. Wenn Du als Frau anschaffen gehst, und Dein Mann arbeitet nicht oder arbeitet nur wenig, dann hast Du erstens die Steuerfahndung am Hals und Dein Mann den Staatsanwalt. Da kannst Du Dir mal überlegen, ob Du dann eine einzige öffentliche Aktion machst, keine, ich schwör's Dir, keine einzige.

AntifaZ: Wo gibt es denn für Euch Unterstützung, wo gibt es von Frauenseite aus Unterstützung, wo ist gemeinsam was zu machen?

Maya: Es gibt schon große Vorbehalte, und es ist ganz schwierig, da eine solidarische Ebene zu finden, ...

AntifaZ: ...wo sind die Vorbehalte, ...

Maya: Na überall, überleg doch mal. Ne Prostituierte ist entweder immer ein Opfer, also zum Beispiel beginnt das auf dem Schulhof, da kam irgend ein Drogenhändler, der hat sie drogenabhängig gemacht, auf den Strich geschickt, geprügelt, und jetzt hat sie Aids und stirbt bald, das ist so das gängige Klischee. Oder aber es ist eine, die immer nur geschlagen worden ist, oder irgendein völlig verkommenes Stück Frau, die überhaupt keinen moralischen Rückhalt oder sonst auch nichts hat. Das Bild, das Frauen sich

selbstbewußt dafür entscheiden, anschaffen zu gehen, völlig egal aus welchen Beweggründen, es fragt ja auch niemand danach, warum jemand Sekretärin wird, das Bild macht sämtliche Vorstellungen in den Köpfen, auch von Frauen, kaputt. Das geht nicht, das ist schwer.



AntifaZ: Du meinst damit, daß die meisten Frauen aus freien Stücken der Prostitution nachgehen?

Maya: Es gibt in der Bundesrepublik keine Prostituierte, die dazu gezwungen wird, keine...

DEBATTE

ge Männer und packen ein Tonband aus, könnten Sie mal kurz diesen Fragebogen ausfüllen und noch ein paar stories aus Ihrem Leben erzählen, ja, den Kaffee bezahlen wir Ihnen, wir forschen nämlich über Sie. Wir, die Ausgeforschten, bekommen nie die Ergebnisse zu sehen, nie die Veröffentlichungen. Also, wir gründen ein eigenes Forschungsinstitut. Niemand forscht mehr über uns.

AntifaZ: Trotzdem bleibt dann natürlich die Frage, wie ist für Euch Öffentlichkeitsarbeit überhaupt möglich. Ihr wollt ja verändern.

Maya: Also, indem zum Beispiel offengelegt wird, warum wird denn geforscht? Und warum werden immer nur Prostituierte ausgeforscht? Prostitution ist ein mehrdimensionales Phänomen wie alle Phänomene. Es gibt keine Zusammenhänge wie, da ist plötzlich eine Kaffeetasse, und da ist jemand, der sie trinkt. Da sitzt irgendwie ne Kaffeebohne hinter, und ein Bauer in Kolumbien, und eine Familie und irgendwelche botanischen und klimatischen und sonstige Voraussetzungen hinter, bevor ich die trinken kann.

Genau so ist das mit der Prostitution auch. Das einzige aber, was Wissenschaftler immer interessiert, ist die gemeine Prostituierte, die so oder so dazu gekommen ist und so und so empfindet und Schluß, Aus, Ende.

Deshalb haben wir bei unserm letzten Kongreß gesagt, es reicht uns, wir machen da nicht mehr mit.

Bewußtseinsveränderung kann schon über Medien passieren, kann auch über unsere eigenen Publikationen passieren, und muß auch passieren, indem man das Phänomen Prostitution von ganz verschiedenen Seiten beleuchtet. Diese Focussierung auf die "Frau, die anschaffen geht", ist jetzt vorbei.

AntifaZ: Ein Mittel, um publizistisch bekannter zu werden, sehe ich beispielsweise auch im Anzeigenaustausch, Journalisten können beispielsweise auch vermitteln, daß Prostituierte in anderen Initiativen zu Wort kommen.

Maya: Also, in aller Regel haben wir ein Problem nicht, nämlich an Journalisten heranzukommen, sondern die kommen immer auf uns zu, anfangs häufig schlecht, klischeehaft und oberflächlich berichtend, zunehmend aber auch interessierter und solidarischer. Das ist ein Stück auch unser Verdienst, daß wir auch knallhart mit Journalisten reden und uns auch nicht mehr so ausbeuten lassen. Das hat natürlich auch damit zu tun, daß sich die Hurenbewegung insgesamt konsolidiert hat, daß Frauen nicht mehr so einzelkämpferisch dastehn wie weiland Domenica noch ihren großen Busen zeigen mußte und aus jeder Perspektive abgelichtet wurde und persönliche Fragen beantworten mußte. Das hat jetzt schon eine andere Qualität gekriegt, und da haben auch Journalisten ganz viel gelernt. Grundsätzlich ist es aber immer noch so, daß klischeehaft berichtet wird. Da ergreifen wir dann aber inzwischen auch Maßnahmen, um das

ANZEIGE

Café Cuba

**AFRO
LATIN
MUSIC PUB**

Westbahnhof 1 (S-Bhf.) Essen A430 E-Hobeisenbr. ☎ 0201/708884

**Essen & Trinken & jede Menge:
Salsa, Samba & Afro-Musik**

*Comida & Bebida & Cantidad de:
Salsa, Samba, Merengue & Cumbias*

DEBATTE

GUTE HOFFNUNG ? NEIN, DANKE !

Fortsetzung des "Outens" systemimmanenter Blamagen

Zum Thema "Freie Liebe" erschien in der AntifaZ Nr. 32 ein Traktat von Anna Blume. Der vorliegende Artikel stellt eine Fortsetzung ihrer Überlegungen dar und beschäftigt sich, wie der Titel schon andeutet, mit dem Gebären oder Abtreiben und der Rolle von Männern und Frauen innerhalb dieser Vorgänge.

"Deutschland ist ein kaltes Land. Die Frauen dort sind kinder- und familienfeindlich."

"Meine Frau konnte leider nicht mit zur Versammlung kommen. Sie mußte die Kinder zu Bett bringen."

Aussprüche von Arbeitnehmern aus dem Aus- und Inland.

Die jüngste Reformierung des Anti-Abtreibungsparagraphen war gerade fristengemäß entkriminalisiert, da lag sie den Männern mit den roten Roben schon auf dem Tisch, um bestätigen zu lassen, was sein muß: Abtreibung ist Mord und den Frauen so schwer wie nur möglich zu machen.

Alles klar, nun wird der Antiparagraph von den Vätern unserer höchsten Behörden beträcht, die - selbst ehemalige Söhne - nun zur Begründung der eigenen Existenz aufgerufen wurden und diese Frage ähnlich behandeln, als handele es sich um ein neues Lebensschutzgesetz gegen den Terrorismus.

Abtreibung ist eine kriminelle Handlung, für religiöse Moralapostel sogar Mord, und die Hunderttausende abtreibender Frauen sind eine Bande krimineller Täterinnen, denen man schnellstmöglich ihr übles Handwerk legen müsse, selbst wenn man es schon drastisch in der Vergangenheit, zu Beginn der Neuzeit, durch Inquisition und Scheiterhaufen immer wieder versucht hat und es (das üble Handwerk, d.S.) sich bis zum heutigen Tag durch die Maschen des Gesetzes zu stehlen versuchte.

Wir Frauen werden in Zukunft noch etwas vom obersten Gericht unseres sauberen Landes zu Lachen bekommen, dann nämlich, wenn per oberster Gerichtsabsegnung der Einsatz bundesdeutscher Soldaten in fremden Gewässern erlaubt wird, die BRD sich seiner bundesdeutsch-dienenden Männer selbst entvölkert und Ina Deters longlasting Hit "Neue Männer braucht das Land" aus völlig anderen Äthern erschallt, als es vormals gedacht war.

Deutschland braucht Kinder, selbstverständlich fürs Befehlen und Herrschen vor allem deutsche Söhne, zum Gehorchen und Ausführen auch Töchter und für die Drecksarbeit auf den Flughäfen und Toiletten auch "andere". Deutschland muß eigene Kinder haben, am besten die statistische Quote von 2,3 - wie das bei einer gewünschten Verteilung von einem männlichen Erb- und Namensnachfolger und einem füq-

samen Töchterchen machbar sein soll, bleibt dahingestellt. Vielleicht liegt in den 0,3 die einberechnete Versagerquote der im Portemonnaie unbenutzt plattgesessenen oder fürs Bordell aufgesparten Pariser - wer mißt und berechnet das schon in einem Populationsindex. Die Liebe und die Frauen sie gelten immer noch als "Freizeit- und Erholungspark" der das ökonomische Überleben und sie heim ins eheliche oder nicht-eheliche Reichtragenden Garanten - selbstverständlich gebührenfrei, ohne Eintrittsschutz und so hautnah wie nur möglich. Schließlich kommt man ja ansonsten nicht voll und ganz auf seine Kosten, die anderweitig irgendwo - dem Idiom inhärent - angefallen sein müßten.

Das Problem ungewollter Schwangerschaften wird in allen Ländern der Erde und allzeit zu einem Problem der Frauen gemacht, und es ist dadurch zu einem objektiv konkreten Problem für Frauen geworden. Trotzdem zeigt es in verschiedenen Ländern auch seine verschiedenen Kehrseiten. In den westlichen, städtisch orientierten Ländern ist es für Frauen einfacher, sich Verhütungsmittel zu beschaffen. In den Ländern der drei ausgebeuteten Kontinente, insbesondere in agrarisch und traditionell betonten Gebieten, besteht solch ein Angebot selten, und wenn es besteht, so ist es längst kein Angebot mehr, sondern Zwang. Trotzdem läßt die augenscheinliche Leichtigkeit der selbstverantwortlich handeln könnenden Westlerinnen außer acht, daß, wenn sie über ihren Bauch frei verfügen wollen, sie dies längst nicht in der Auswahl der Mittel können. Spirale, Pille, Diaphragma, Mehrmonatsspritzen und Scheidengels basieren immer auf dem Zusammenhang von unnatürlichen und chemischen Substanzen, so daß der zuverlässigst angewendete Pariser für Frauen immer der schien, sich Schwangerschaften völlig zu enthalten, d.h. nicht dem Sex generell, sondern dem Sex mit Männern.

Die türkische linke und antifaschistische Feministin **Pembenez Yorgun** sieht als ein wesentliches Merkmal der Frauenunterdrückung in ihrem Land die konkrete physische Unterdrückung an, die sich ebenso darin bemerkbar macht, Frauen zu Schwangerschaften zu bringen und ihnen die Situation zu entreißen, ihre Empfängnisfähigkeit so zu überwachen, wie sie es selbst wünschen. Das vielerorts zitierte

DEBATTE

"Glück" der vielgebärenden Mütter ist häufig genug ein "Unglück" und oft nur eine späte Rationalisierung den nun mal eingetretenen Istzustandes. Kismet?

Aus den von türkischen Frauen gemachten Studien ist längst bekannt, daß Frauen oft genug geschlagen wurden, wenn sie heimlich (selbst) Verhütungsmittel benutzten und sie dabei "erwischt" wurden.

Auch in der Türkei macht sich in den kapitalistischen Metropolen, wo Frauen problemloser an Verhütungsmittel herankommen, diese Form der Unterdrückung, selbstredend in zuweilen milderer Form, bemerkbar. Nichtsdestoweniger beherrscht sie - ähnlich ihren Schwestern im vielgepriesenen Westen - ein psychischer Druck, alleinverantwortlich in einer Zweierbeziehung diese Seite der Körperlichkeit "in den Griff zu bekommen", um bei den männlich-"nächtlichen" Übergriffen geschützt zu sein, und zuguterletzt erst recht, wenn sie neben der männlichen auch die chemische Keule ablehnen.

In der Türkei, befragt ab Mitte der 70er Jahre, brachten Frauen im Alter zwischen 45 und 49 Jahren über 6 Kinder zur Welt. Andererseits bestätigten 90 % der befragten Frauen, daß sie 2, höchstens 4 Kinder wünschten. Demnach haben alle Frauen weniger Kinder gewollt, als sie tatsächlich haben. Die "liebe glückliche Mutti" - die hochbeschworene Muttertagsvorstellung vieler Söhne, ein Wunschtraum, real besehen aber eine Unterdrückungskategorie.

Zuweilen haben oberflächlich emanzipiert erscheinende Söhne ihre Mütter zu fragen gewagt, ob diese denn mit allem in ihrem Leben so einverstanden waren. Selbstverständlich - so lautete die Bestätigung der Erwartungshaltung. Aber soll Frau denn auch alles vor den Augen der sentimentalen Söhne infragestellen, und: Wer hat schon gesehen, daß man der Macht freiwillig die letzten Geheimnisse preisgibt? Töchter, wohlbemerkt, brauchten oft nicht aus solchen Legitimations- und Existenzermäßigungen heraus solche Fragen zu stellen und wenn, dann eher von gebärender "Schwester" zu gebärender "Schwester", quasi als Komplizin und selbstverfahrene Mitunterdrückte und nicht mit dem unterwürfigen Blick wie zu einer Muttergottheit, die trotzdem nicht sagen darf, was sie will.

Nach den fast 13 Jahre zurückliegenden Quellen gaben 57 % der Frauen in den türkischen Frauenstudien an, daß sie keine Kinder mehr wollten, und von denen, die nach ihrer letzten Schwangerschaft befragt wurden, sagten 35 % nein.

ANZEIGE

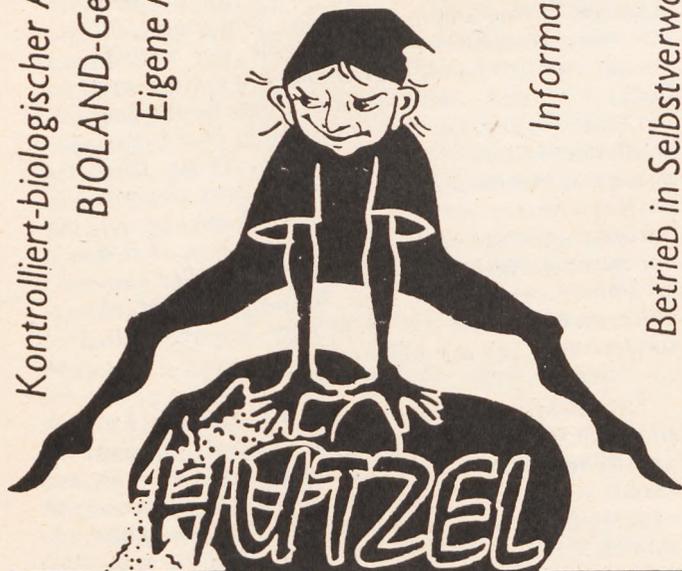
HUTZEL Vollkorn-Bäckerei GmbH
 Hattinger Straße 188 4630 Bochum I
 Tel. 0234/450590
 Fax: 0234/452268

Kontrolliert-biologischer Anbau
 BIOLAND-Getreide

Eigene Mühle

Informationen

Betrieb in Selbstverwaltung



Mo. - Fr. 10.00 - 13.00 Uhr, 15.00 - 18.00 Uhr

Impressum

Die AntifaZ ist eine unabhängige Zeitschrift, die alle zwei Monate erscheint. Namentlich gekennzeichnete Beiträge werden vom jeweiligen Autor verantwortet und geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

V.i.S.d.P.: W. Englisch

Oerweg 28

4350 Recklinghausen

Tel.: 02361 / 26 345

Redaktionsanschrift:

Antifa-Zentrum

Herner Str. 43

4350 Recklinghausen

Tel.: 02361 / 21 686

Redaktionssitzung:

Donnerstag, 19. - 20.00 Uhr.

Bankverbindung:

Stadtsparkasse Recklinghausen

BLZ: 426 500 30

Kto.-No.: 1 000 229 38

Auflage: 1000

Druck: Deniz Druck & Verlag, Duisburg

Mitgewirkt haben:

Wolfgang E., Karsten Sch., Siegfried H., Wolfgang D., Ingrid und Falko W., Christian K., Klaus D., Thea A. St., Antje Sch., Wolfgang T., Zenel H., Thorsten Th.

DEBATTE

Auch meine deutschen Freundinnen, die jetzt Kinder haben (werden), legten es nicht darauf an, schwanger zu werden. Wer oder was hat an der Entscheidung dieser 57 % genagt, wenn man noch heute in ihre Kinderwagen schaut?

Anders als in den Ländern, wo Frauen Dauerrezepte für chemische Verhütungssubstanzen unter der väterlichfürsorglichen Kontrolle von Ärzten beziehen, scheint bspw. in der Türkei ein wichtiges "Verhütungsmittel" die seit 1983 erlaubte Abtreibung zu sein - selbstverständlich nur mit der Einwilligung des Ehemanns und des die Abtreibung vornehmenden Arztes.

Werfen wir erneut einen Blick in die ungewollt gefüllten Kinderwagen, so scheint sowohl der eine wie der andere seine Unterschrift versagt zu haben. Jedoch über 200 000 Frauen pro Jahr haben es trotzdem geschafft, die Hürden von Arzt und sogenanntem Liebhaber zu nehmen. 50 000 Frauen bezahlten diesen Einsatz mit Komplikationen, und damit sind nicht die Frauen gemeint, die auf dem Land zu den althergebrachten Mitteln griffen und dabei elendig zu Tode kamen. 70 % der verheirateten Frauen über 44 Jahre haben während ihrer gebärfähigen Jahre einmal oder mehrfach abgetrieben. Viele

Töchter, die den Mutterkult zwangsweise verinnerlichten, und viele Söhne, die ihm immer noch nicht abschwören, haben diese (eigentlich: ihre) Abtreibungen nur "überlebt", weil es technische Mängel gab oder sich die Frauen nicht dem Unbill eines Eingriffes aussetzen wollten. Ketzerisch gesagt, sind letztlich fast alle und auch die in den entwicklungs- und politisch so hochgelobten Industrienationen zur Welt gekommenen Kinder von den Frauen unerwünscht gewesen, nicht eingeplant oder, weil es die Tradition verlangte, hingenommen worden, und das sollten sich die Söhne, die ihre "Mutti" so abgrundtief verehren, mal hinter die feuchten Ohren schreiben. Nahezu jeder einzelne von ihnen ist nur knapp der "Katastrophe" entronnen, auf mechanische oder selbsterlernte Weise frühzeitig und unausgebildet durch den Geburtskanal abzugehen, und die Entscheidung, die Zellen im Bauch wachsen zu lassen, war selten eine Entscheidung für den Nachwuchs, sondern gegen die Umstände einer Abtreibung. Dagegen haben die ehemaligen Söhne, die Väter, zusätzlich eine Sicherungsinstanz geschaffen, die sie als moralisches oder religiöses Schuldgefühl in die Köpfe und Herzen der Töchter einpflanzten, um es diesen zu erschweren, sich so 'mir nichts dir nichts' des inneren Zellwachstums zu entledigen.

Natürlich habe ich auch noch die Gegenbeispiele zweier Mitstreiterinnen zur Hand, die jetzt jeweils in Erwartung ihres ersten Kindes sind. Beide wollen, wie sie jetzt sagen, aber "nur ein Kind" und "nicht mehr" und dann noch "am liebsten ein Mädchen". Wie wir sehen, haben diese Frauen etwas mit Frauenpolitik zu tun, und vor diesem Hintergrund wird deutlich, was sie bestärkte, Kinder "haben" zu wollen. Beide Frauen befanden sich in Prüfungssituationen, der sie sich ja nun nicht mehr aussetzen müssen; obendrein war die eine, die "ein Kind, aber nicht mehr" haben wollte, ohnehin lieber nur im Haus und nicht draußen auf der Straße irgendwo in Ulas über Ankara oder im Betrieb, wo sie ständig von Männern angepöbelt wurde, und die andere hatte sich nach tagelangen Überlegungen gegen eine Abtreibung entschlossen. Vielleicht wollte sie "nicht unbedingt jetzt" ein Kind, aber "irgendwann schon". Und pragmatisch, wie Frauen es zum Überleben lernten, handelte sie gemäß der Devise, warum nach den Sternen greifen, wenn das Gute liegt so nah, oder auch lieber einen Spatz im Bauch zu haben als eine Taube auf dem Dach.

Das alles, was nun hier geschrieben worden ist, wird nun wahrscheinlich gründlich als Kinder- oder Mütterfeindlichkeit mißverstanden werden. Aber, um es nochmals für solche zu präzisieren, die gründlich mißverstehen wollen: Darum geht es nicht. Es geht allein darum aufzuzeigen, wie ungewollte Schwangerschaften zu

TERRE DES FEMMES

Frauen werden überall auf der Welt in ihren Menschenrechten verletzt:

um ihre Freiheit durch Vorschriften, Tabus, Schleier und die guten Sitten

um ihre Entwicklung durch Benachteiligung in Ausbildung und Beruf

um ihre Individualität durch Erziehung zur Unmündigkeit und Unterwerfung

um ihre körperliche Integrität durch die Verstümmelung der Geschlechtsorgane

um ihre Würde durch die Darstellungen in den Medien. Wir arbeiten dagegen.

Unterstützen Sie uns durch Ihre Mitarbeit, Spende oder Fördermitgliedschaft.

Postgiro Hamburg
Kontonummer 45 10 60 - 204
BLZ 200 100 20

Spenden sind steuerlich absetzbar.

Nähere Informationen bei:



TERRE DES FEMMES e.V.,
Menschenrechte für die Frau
Postf. 2531, 7400 Tübingen
Telefon 070 71/ 242 89

DEBATTE

"glücklichem Muttertum" führen und "gute Hoffnung", was gewollte Schwangerschaften betrifft, kaum in Aussicht steht.

Auch geht es darum, welche nicht immer sichtbaren und besser gesagt unausgesprochenen Motive hinter gewollten Schwangerschaften und gewollt glücklichen Müttern stehen, die "nur eins", aber "nicht mehr" sagen. Nach außen hin wird hier häufig mit der Belastung des weiblichen Körpers durch Schwangerschaften argumentiert, aber wie ich sah, ist dies berechtigte Argument nicht das allein entscheidende, aber das letztlich allgemein akzeptierte. Meine eine Freundin zum Beispiel, die lieber ruhig in der Wohnung lebt, statt sich üblen Männermaschen auszusetzen, hat nun scheinbar das, was sie wollte, nämlich einen Grund, zu Hause bleiben zu dürfen. Dieser plausible Grund wird von einer kinder- und familienfreundlichen Umgebung wie selbstverständlich honoriert, aber mit der Ruhe wird es nun bald vorbei sein, mit der Prüfung sowieso, und was die Mithilfe bei der Hausarbeit durch den Mann betrifft, so ist das Kind schon längst mit dem Bade ausgeschüttet worden, denn sie beschränkte sich immer auf wenige Handreichungen, deren Häufigkeit oft Anlaß ehelicher Dispute waren, die er jedoch wie das

Entkorken eines guten Glases Weines - oft mit großer Freude verrichtete. Dieser Grund, sich einem sexistischen Produktionsprozeß fernzuhalten, der die Anpöbelungen von Frauen noch mit schlechteren Arbeitsbedingungen und Löhnen honoriert, ist, oberflächlich besehen, von Frauen allgemein nachvollziehbar, auch wenn er nicht gerade als revolutionär zu bezeichnen ist und nur von Frauen durchgesetzt werden kann, bei denen das finanzielle Rückpolster durch Mann oder Familie gewährleistet ist und so Mutterschaft wieder zu etwas Herausragendem emporlegitimiert und -mystifiziert wird.

Mutterschaft ist selbstverständlich gesellschaftlich anzuerkennende Arbeit, die bspw. bei der sozialen Rentenversicherung mitberücksichtigt werden muß, jedoch muß eine biologische Mutterschaft nicht zwangsläufig mit einer sozialen "Mutterschaft" und nur weiblichen Verantwortung einhergehen, aber genau da liegt der Hase im Pfeffer.

Eine andere Freundin, türkische Frauenrechtlerin und selbst Mutter von 2 Kindern, sagte einmal, "es gibt immer gute Gründe von Frauen, sich von politischen Versammlungen zu entschuldigen", und sie weiß genau, wovon sie redet

12. Jahrestag des Militärputsches in der Türkei:



Solidaritätsfest für Menschenrechte und Demokratie in der Türkei

am 12. September 1992, um 16.00 Uhr
in der Kölner Sporthalle

Mit großem Kulturprogramm Redebeitragen Diavortrag etc.

Beginn : 16.00 Uhr
Einlaß : 15.00 Uhr

Eintritt
Vorverkauf : 22,- DM
Abendkasse : 27,- DM

Veranstalter:

Menschenrechtsverein, Istanbul
DIDF

Tatsachen

Zeitschrift der Föderation der Demokratischen Arbeitervereine in der Türkei in der BRD e.V. (DIDF)

2monatige Zeitschrift der Föderation der Demokratischen Arbeitervereine a.d. Türkei i.d. BRD e.V. (DIDF)

Beiträge zu den Themen

- AusländerInnenfeindlichkeit, Rassismus und Faschismus
- Probleme der Antifa-Arbeit
- Berichte und Analysen über die Entwicklung in der Türkei und Kurdistan
- aus den Gefängnissen in der Türkei und Türkei-Kurdistan
- kulturelle Aktivitäten
- internationale Solidarität
- und vieles mehr...

Einzelpreis: DM 2,50 + Porto

Abonnementbedingungen:

10 Nummern 20,- DM + Porto
20 Nummern 40,- DM + Porto

Zu bestellen bei:

DIDF

Jägerstr. 77

4100 Duisburg II

YAHUDI OLMAK - KADIN OLMAK

Jüdin und Frau sein in der türkischen Gesellschaft

In den vergangenen Ausgaben der "Nachrichten aus der Türkei", einem Brévier der türkischen Regierung, das von der türkischen Botschaft herausgegeben wird, wurde in der letzten Zeit immer wieder davon berichtet, wie das Osmanische Reich sephardischen Jüdinnen und Juden, die in Spanien verfolgt wurden, Schutz bot.

Das geschah vor 500 Jahren, nahezu zeitgleich mit dem Kolonialzug des Kolumbus nach dem fernen vermeintlichen Indien. Mit dem Fall von Granada fiel das letzte Bollwerk des Islam auf spanischem Boden, und die in Spanien lebende jüdische Bevölkerung geriet unter den Druck spanisch-theokratischer Inquisition und Zwangstaufe. Daraufhin begann eine riesige Fluchtbewegung in Richtung islamischer Länder zu wandern, von der das Osmanische Reich vielen flüchtenden Jüdinnen und Juden "Asyl anbot". Hunderttausende von ihnen kamen und ließen sich vorwiegend in den Städten Istanbul und Izmir nieder.

Heute versucht die türkische Regierung - mit allen Abstrichen von dem, was sich in der Vergangenheit seit der politischen Erneuerungs- und "Reformbewegung" veränderte -, sich in die Nachfolge des Osmanischen Reiches zu setzen, indem sie im Zusammenhang mit der Aufnahme der ehemals Flüchtenden immer wieder betont, sie "hätte ein Herz für die zufluchtsuchenden Verfolgten und Unterdrückten gehabt" (Nachrichten aus der Türkei Nr. 18/92, S. 6). Dem Herzen zu Ehren und aus Anlaß der jüdischen Immigration in die Türkei fand deshalb am 28.4. d. J. in New York ein Galaabend statt, bei dem sowohl der türkische Staatspräsident Turgut Özal als auch US-Präsident Bush ihre jahrelange Zusammenarbeit hervorhoben und sich gegenseitig darin bestätigten, daß die Türkei "ein traditionelles Asylland" sei und es auch "in jüngerer Zeit den verfolgten Deutschen, Iranern, Irakern eine Heimat geboten" habe.

In der Tat - obwohl das Osmanische Reich noch im Ersten Weltkrieg Verbündeter des Deutschen Reiches war, verhielt es sich zum nationalsozialistischen Deutschland weitgehend neutral, ein Tatbestand, dem aus Deutschland emigrierte WissenschaftlerInnen ihr Leben verdanken; einige von ihnen konnten später erheblichen Einfluß

auf das wissenschaftliche Leben in der Türkei gewinnen, jedoch keine Lorbeeren. Besehen durch das Kaleidoskop der türkischen Regierung präsentiert sich uns nahezu das kinderbunte Bild eines multikulturellen Einheitsfriedens, wenn **Cumhuriyet** schreibt, daß "das harmonische Leben der Muslimen, Christen und Juden in der heutigen Türkei (...) mustergültig für andere Länder" sei (29.4.92).

Es ist an dieser Stelle nun nicht das Thema, wo diese multikulturelle Friedenstaupe Federn läßt; es ist in der einschlägigen Fach- und Tagespresse genügend darauf hingewiesen worden, daß zumindest der heutige Vielvölkerstaat Türkei keinen Schutz vor politischer Verfolgung bietet, und zwar national gegenüber diskriminieren Mehrheiten wie auch international. Interessant zu lesen aber ist in diesem Zusammenhang immer wieder, inwieweit das Abfeiern des 500jährigen Asylschutzes für Jüdinnen und Juden mit den ethnisch-politischen "Problemen" im eigenen Land parallelisiert und damit ausgespielt wird, nämlich hinsichtlich der KurdInnen und ArmenierInnen. So ließ der **Verein türkischer Sozialdemokraten** in Köln am 6. April d. J. auf die Kritik an der Beschießung kurdischer Dörfer durch die türkische Regierung hin verlautbaren, daß "als türkische Sozialdemokraten" es "uns erlaubt zu sagen" sei, "daß das türkische Volk in Sachen Humanität keines Nachhilfeunterrichts von deutschen Politikern bedarf. Schon vor 500 Jahren gewährten die Türken den jahrhundertlang in Europa verfolgten Juden Asyl" (NadT Nr. 17/92, S. 9). Und die türkische Botschaft schrieb in einem unveröffentlichten Brief an die Süddeutsche Zeitung, daß es sicherlich bekannt sei, daß das "türkische Volk (...) den vor der Inquisition in Spanien geflohenen Juden, später Polen, Ungarn, Russen, und außerdem auch Juden Zuflucht (gewährte), die vor dem Nazi-Regime flüchteten.

von dem Minderheitenverhalten freizumachen, sich "abzusetzen" und dadurch für das Selbstbewußtsein einen "Wert" zu schaffen in einer "Welt von Wertlosigkeit", wie sie es ausdrückte.

Die Beschreibung der äußeren und inneren Phänomene von Minderheitenverhalten ließen - trotz der Existenz einer Mehrheit von Frauen - Verwandtschaften mit frauenspezifischem Verhalten aufweisen. So machen sich - ähnlich wie verfolgte Minderheiten - die Mehrheiten von Frauen "unsichtbar", sie machen sich kleiner als sie sind, nehmen sich zurück, schweigen und tragen so ihr "Scherflein" dazu bei, daß die "Welt der Wertlosigkeit" weiter fortbesteht.

Sich von einem Minderheitenverhalten "abzusetzen", heißt jedoch nicht, sich von einer Minderheit zu distanzieren. Im Gegenteil: Es bedeutet einen gewissen Stolz, sich nicht als "minderwertig" zu fühlen und das Selbstbewußtsein erlangt zu haben, seine eigene Kultur "sichtbar" zu machen und zu "verbreiten", wieweil Stella Ovadia es ausführte.

Trotz des Abfeierns des 500 Jahre-Asyls in der Türkei besteht in der Türkei keine jüdische Kultur, sagte sie, wie es in der Bundesrepublik eine türkische Kultur gebe. In Frankreich bspw. habe sie eine Demonstration jüdischer Frauen gesehen, bei deren Anblick sie sich eines freudigen Gefühls nicht erwehren konnte.

Die dem Referat folgende gemeinsame Diskussion erbrachte aber, daß es eine jüdische Kultur auch in Westeuropa nicht gibt, denn bspw. in Deutschland wurde sie mit der "Endlösung" nahezu vollständig ausgerottet und ist heutzutage fast nur noch an der Existenz jüdischer Friedhöfe oder Synagogen ablesbar; ein hauptsächlich Teil jüdischer Kultur existiert deshalb nur subkulturell und marginal.

Im Gegensatz zu Amerika oder Westeuropa hat in der Türkei noch keine "Emanzipation" der dort lebenden über 26.000 Jüdinnen und Juden stattgefunden (Zahlen gelten für Istanbul nach NadT Nr. 30/92, S. 2). Erst 1908 erhielten sie die türkische Staatsbürgerinnenschaft. Jüdinnen und Juden sind weder in der Politik als Staatsbeamte vertreten noch wurden ihnen Nobelpreise verliehen. Auch eine soziale Schicht jüdischer Kulturintelligenz existiere kaum, so die Referentin auf die Frage eines Anwesenden, wie sich denn die jüdische Linke zu einem palästinensischen Staat verhalte.

Teilweise, so Stella Ovadia, liegt diese Si-

tuation der politischen und kulturellen "Entmündigung" an den Jüdinnen und Juden selbst, denn diese "wollten sich auch nicht mehr emanzipieren". Ein weiterer Grund für die mangelnde Entwicklung mag aber auch darin liegen, daß ökonomisch betrachtet die Türkei nicht mit Westeuropa bzw. speziell mit der BRD vergleichbar ist, denn schließlich arbeiten über eineinhalb Millionen Türkinnen und Türken und 300 000 Kurdinnen und Kurden in der BRD und nicht eine ähnliche Anzahl Deutscher in einem Land, dessen Inflationsquote über 70 % liegt und dessen Auslandsschulden über 50 Milliarden Dollar betragen.

Stella Ovadia betrachtet den **Feminismus als eine wichtige "soziale Kategorie"**, den sie jedoch vor dem Hintergrund ihrer jüdischen, lesbischen und linkspolitischen Existenz sowie der sozialen Verhaltensweisen von Minderheiten nicht separatistisch ausgelegt sehen will. Im Gegenteil, einen separatistischen Feminismus kritisiert sie (die so Kritisierten blieben vorsorglich und gewappnet "zu Hause"), der "unsolidarisch" sei. Als eine Politik der Frauenbefreiung deklariert sie, ähnlich einer Emanzipation von Jüdinnen und Juden, die Befreiung der Frauen und Lesben von einem sozialen Minderheitenverhalten ähnlich dem Slogan der black panther **"black is beautiful"**. Mehr Selbstbewußtsein, mehr Lautstärke, mehr Solidarität untereinander und mehr organisierte politische Kraft von Frauen können demzufolge allein denjenigen zu Leibe rücken, die Identitäten brechen, zum Schweigen erziehen, Solidaritäten spalten, Rechte beschneiden und die Beteiligung an politischer Partizipation verweigern.

Thea A. Struchtemeier

Anzeige

Handwerksbetrieb in Selbstverwaltung

Sonnen- und Windenergieanlagenbau GmbH

Planung und Montage
umweltfreundlicher Energiesysteme
Heizung, Elektroinstallation, Sanitärinstallation

z.B. Solaranlagen

Für Warmwasser
und Stromezeugung

denn: Der nächste Sommer kommt bestimmt!

Karl-Hermann-Straße 14 · 4352 Herten · Tel.: 0 23 66 / 4 39 65

Aus diesem Grunde macht es keinen Sinn, daß ein solches Volk an Armeniern, mit denen es im Laufe der Geschichte zusammenlebte, 'Genozid verübt haben soll' (NadT Nr. 15/92, S. 10).

Vor diesem historischen und politischen Hintergrund referierte am 7. Juli d. J. in den Räumen des **AusländerInnenzentrums der Ruhr-Universität Bochum** die Psychologin **Stella Ovadia** über das Thema:

Jüdin sein, Frau sein und zusätzlich Lesbe sein.

Als Veranstalter zeichneten gemeinsam das **Türkei-Komitee**, das **Autonome AusländerInnenreferat**, der **AStA** und die **ESG**, und es muß als eine bedauerliche "Politik" betrachtet werden, daß sich das autonome Frauen- und Lesbenreferat der RUB von dieser Veranstaltung sowohl öffentlich als Unterstützerin als auch inoffiziell als "Anwesende" distanzierte.

Stella Ovadia ist eine der an Fingern abzählbaren Frauen aus der Türkei, die sich im Ausland öffentlich zu ihrem Lesbischen bekannte, das in ihrem Leben ein drittes Diskriminierungs"attribut" darstellt. Die Befreiungsbewegungen der Frauen aus den drei ausgebeuteten Kontinenten stellt sich meistens anders dar als diejenige der weißen "Schwestern" aus dem sauberen Westen, deren allseits erhobener und vorschriftenanweisender Zeigefinger es unter der eigenen Vor"herr"schaft jedoch gern anders sähe. Weil sich das autonome Frauen- und Lesbenreferat fernhielt, kann nur wiederum traurig festgestellt werden, daß die "Avantgarde" deutscher Frauen und Lesben der RUB geschlossen(en) Ethnozentrismus demonstrierte.

In ihren Eingangsworten bekannte sich Stella dazu, militante Feministin zu sein, und dieses Bekenntnis gleicht nahezu einem Verbrechen, dem Separatismus von Staat und Gesellschaft das Wort geredet zu haben. Frauen, die sich in der Türkei gegen ihre sozial auferlegte Rolle auflehnen, werden sowohl politisch als auch sozial von der Gesellschaft verfolgt und diskriminiert. So unterliegen unverheiratete Frauen keinem männlichen Schutz und gelten von daher als "Freiwild", das man wie selbstverständlich angrapschen kann. Frauen, die sich zu ihrer Auflehnung bekennen und zusätzlich das Wort "Feminismus" auf der Zunge führen, laufen Gefahr, von der politischen Linken als "kemalistisch" (staatsfreundlich) denunziert zu werden. "Die marxistische Linke in der Türkei ist geschlechtsblind", sagte Stella, und sie meinte damit, daß diese das ge-

schlechtsstereotype und bürgerliche Verhalten mit den vorgeschriebenen Rollenmustern schweigsam fortsetzt bzw. andererseits negiert und damit das Geschlechtliche entsinnlicht.

Schon vor diesem Hintergrund betrachtet verschwamm allmählich das positiv gezeichnete Bild der türkischen Regierung von dem freundlichen Empfang der Jüdinnen und Juden, denn als Frau in der Türkei und zusätzlich als jüdische Frau, die nicht in intimen Beziehungen zu Männern lebt, wird ihr soziales Leben und ihre soziale Kultur - wie ebenso in den Ländern des europäischen Westens - keineswegs geachtet.

Stella gewann ihre Politisierung vor dem Hintergrund ihres Jüdischseins, das sie dazu brachte, sich mehr mit der **Psychologie von Minderheiten** zu beschäftigen. Auch wenn ihr als Frau die politische Forderung von der anderen "Hälfte des Himmels" nahestand und es von daher keine Begründung gab, sich - weil Frauen Mehrheiten darstellen - mit Minderheiten zu beschäftigen, so waren biographisch besehen ihre jüdischen Wurzeln das Ausschlaggebende.

Als soziale und psychische Eigenschaften von Minderheiten bezeichnete Stella das Verhalten von Menschen, sich selbst schweigsam zu machen, sich selbst in der Mehrheit unsichtbar zu machen, sich abzuschließen und nach außen hin kein Selbstbewußtsein zu demonstrieren. Solche geschlossenen Gesellschaften zeichnen sich nach innen durch ein hohes Maß an Solidarität aus, üben jedoch auch einen großen sozialen Druck auf ihre einzelnen Mitglieder aus und seien ein Ort, wo gleichsam Rassismus und Nationalismus entstehen könne. Deshalb plädierte Stella für den offensiv kämpferischen Weg, sich

Anzeige

Jonglieren
Fahrräder
Theater
Artistik
Kunst

balance. Nichts sonst.

Kortumstraße 5 · 4630 Bochum 1 · Tel.: 0234 - 120 51/52 · Fax: 0234 - 6 44 80

ANKÜNDIGUNGEN

19. SEPTEMBER - 2. OKTOBER 1992:

MACH MIT BEIM EUROPaweITEN STERNMARSCH NACH STRASSBURG !

Auf Initiative der Föderation der Demokratischen Arbeitervereine aus der Türkei in der BRD e.V. (DIDF) veranstalten zahlreiche Organisationen vom 19. September bis zum 2. Oktober einen europaweiten Sternmarsch in zwei Nordgruppen (Ausgangspunkte Hamburg und Berlin) und einer Südgruppe (Ausgangspunkt Wien) mit dem gemeinsamen Ziel Strassbourg.

Wir drucken Auszüge aus dem Aufruf der Veranstalter:

Was wir wollen:

In den letzten Jahren stiegen die Kündigungen ins Unendliche. Das Heer der Arbeitslosen wird immer größer. Aber die Produktion steigt. Diejenigen, die nicht entlassen werden, müssen immer mehr produzieren. Die Arbeit, die in der Vergangenheit von Dutzenden von Arbeitern verrichtet wurde, muß heute - auch nach den Entwicklungen in der Technologie - von einem Arbeiter verrichtet werden. Die Profite der Konzerne steigen. Es werden aber neue Entlassungen angekündigt, um angeblich die Lohnkosten niedrig zu halten und somit die Konkurrenzfähigkeit der deutschen Wirtschaft erhalten zu können. Der Druck, der permanent auf uns lastet, wird somit immer größer. Andererseits fallen die Reallöhne. Die Lebenshaltungskosten gehen in die Höhe. Mit immer neuen "Maßnahmen" werden die Sozialabgaben erhöht. Das Geld, das den "kleinen Leuten" abgenommen wird, fließt in die Kassen der Konzerne oder wird für neue Rüstungskonzepte aufgewendet. Während die Zahl derer, die unter der Armutsgrenze leben müssen, ständig steigt, werden z.B. nur für den G-7-Gipfel Unsummen von DM bereitgestellt. Einige wenige Schmarotzer können sich somit ein schönes Leben auf dem Rücken aller arbeitenden Menschen machen. Ja, die sinkenden Reallöhne, die steigende Arbeitslosigkeit, die Ausbeutung, der sinkende Lebensstandard, der steigende Druck treffen sie alle - ausländische wie einheimische ArbeiterIn-

nen.

Allerdings werden Sündenböcke für all diese Mißstände gesucht, um die wahren Verantwortlichen zu verdecken, den gemeinsamen Kampf der ausländischen und der deutschen ArbeiterInnen zu verhindern und den Fortgang der Ausbeutung sicherstellen zu können: Die ausländischen ArbeiterInnen und Flüchtlinge. Die ArbeiterInnen werden in in- und ausländische ArbeiterInnen gespalten. Es werden alle möglichen und unmöglichen Argumente vorgebracht, um den ausländischen ArbeiterInnen die einfachsten Rechte vorenthalten zu können. Mit Diskriminierungsgesetzen werden sie mit ihrem unsicheren Status einem steigenden Druck ausgesetzt.

Als Krönung dieser Angriffe werden systematisch der Rassismus und die Ausländerfeindlichkeit geschürt. Auf der geschaffenen Grundlage steigt die Zahl der Brandstiftungen, Überfälle, Verletzungen und Morde gegen die AusländerInnen.

Neonazistische Organisationen werden auf unterschiedlichste Weise unterstützt und zunehmend stärker. Diese Entwicklungen werden von den meisten Kräften mit den Gewerkschaften an der Spitze, in denen ein Großteil der ausländischen ArbeiterInnen organisiert sind, tatenlos und stillschweigend mitverfolgt.

Wir ArbeiterInnen können und dürfen nicht schweigen! (...)

Mit unserem Sternmarsch fordern wir:

Die Gewährung der einfachsten Menschenrechte an AusländerInnen, den Stop neonazistischer Angriffe und Propaganda, den Stop der Brandstiftungen, Überfälle und Morde gegen AusländerInnen bzw. ihre Einrichtungen, die Bestrafung der Täter, die Einstellung und das Verbot aller demagogischen Aktivitäten von faschistischen, rassistischen Organisationen und Gruppen, die die Aus-

länderInnen als Verantwortliche allen Übels darstellen, wir fordern die Aufhebung aller Diskriminierungsgesetze gegen AusländerInnen, die Aufhebung aller Gesetze, die das Recht auf Organisation und politische Betätigung für AusländerInnen einschränken, die Gewährung gleicher politischer und sozialer Rechte.

Für alle Rückfragen und Informationen wenden Sie sich bitte an das Komitee "Langer Marsch für gleiche Rechte".

c/o DIDF

Jägerstr. 77

4100 Duisburg 11

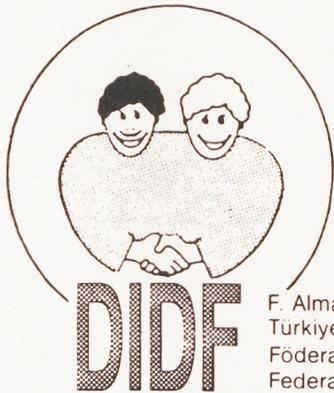
Spendenkonto:

Ibrahim Cakir

Kto.-Nr.: 50 680 619

BLZ: 320 500 00

Sparkasse Krefeld



F. Almanya

Türkiyeli Demokratik İşçi Dernekleri Federasyonu

Föderation der Demokratischen Arbeitervereine aus d. Türkei in d. BRD e.V.

Federasyona Komelên Karkerên Demokratî Tirkıyayî Li Elmanya Federal

ANZEIGE

Attatroll

Buchladen GmbH

- Papierwaren •
- Postkarten •
- Bücher •

Öffnungszeiten: Mo-Fr 9-18.30 & Sa 9-14.00



• Herner Str./Ecke Paulusstr. •

• 4350 Recklinghausen •

• Tel. 02361-17002 •